

# Zehn Jahre Hartz IV: Zeit für neue Wege

Paritätische Mitgliedsorganisationen schaffen trotz schwieriger Rahmenbedingungen Perspektiven für Arbeitslose



**WERTE  
DIALOG**  **Was wirklich wichtig ist ...**  
[www.werte.paritaet.org](http://www.werte.paritaet.org)



Foto: Bernd Schüller



Foto: BAGFW/H. Groß



Foto: privat

**Editorial** 3

**Thema**

**Zehn Jahre Hartz IV – Zeit für neue Wege**

**Paritätische Mitgliedsorganisationen schaffen trotz schwieriger Rahmenbedingungen Perspektiven für Arbeitslose**

Langzeitarbeitslosigkeit und Armut werden hauptsächlich verwaltet	4
Immer auf der Kippe	6
Jeder muss in der Logik des anderen denken können	8
Erst mal einen Kita-Platz finden...	12
„Wir brauchen mehr Mut, Neues auszuprobieren“	14
Gesellschaftlich aktiv statt depressiv	16
Wege aus dem sozialen Abseits	18
Kinder verdienen mehr, als das Bildungs- und Teilhabepaket ermöglicht	20
Schulsozialarbeit: Gute Projekte enden	21
„Meine Lehrerin war wie ein Spiegel für mich“	22
Alleinerziehende in Hartz IV: Viele Hürden erschweren den Weg aus Arbeitslosigkeit und Armut	24

**Sozialpolitik**

Hartz IV zementiert Armut	26
Frühzeitige Integration statt Ausgrenzung	27

**Verbandsrundschau**

Sozialpreis der BAGFW an vier Journalisten verliehen	28
Bundespräsident würdigt Engagement Paritätischer Wertedialog soll die ethische Dimension sozialer Arbeit stärker in den Fokus rücken	29
Rosenbrock ist neuer Präsident der BAGFW	30
Neues zu Rahmenverträgen	30
Inklusives Wohnen fördern	31

**Forum**

Das besondere Produkt: Moderne Klassiker aus Holz	32
BAGSO-Praxishandbuch zur Gesundheitsförderung	32
ABC der Psychiatrie	32
Provokantes Theaterstück ausgezeichnet	33

<b>Hören &amp; Sehen</b>	34
<b>Buchempfehlungen   Impressum</b>	35
<b>Termine</b>	36

## Liebe Leserinnen und Leser,

zehn Jahre ist es her, dass das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, kurz Hartz IV, als Kernstück der Vorschläge der Hartz-Kommission umgesetzt wurde. Eine Dekade später ist es – wieder einmal – Zeit für Bilanz und Bewertung.

Auf der Haben-Seite steht zunächst einmal – trotz mancherlei Tricks in der offiziellen Statistik – die unbezweifelbar gesunkene Zahl von Arbeitslosen. Es gibt heute viel weniger Leistungsbezieher als 2004 und eine – im internationalen Vergleich – relativ niedrige Jugendarbeitslosigkeit.

Die Verringerung der Arbeitslosigkeit war ja zunächst einmal die zentrale Bestimmung der Reform. Allerdings konnte das ursprüngliche Ziel, die Arbeitslosigkeit zu halbieren, nicht erreicht werden.

Dennoch: Im Vergleich zum mitunter arg gebeutelten Rest von Europa nimmt der deutsche Arbeitsmarkt eine positive Sonderstellung ein. Die Öffnung der Arbeitsförderung für die früher so genannten Sozialhilfebezieher war sicher ein richtiger Schritt.

Nicht selten wird die Bewältigung der Eurokrise den positiven Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen unter Rot-Grün zugeschrieben. Das geht mitunter so weit, dass das „deutsche Modell“ auch als Vorbild für die Bewältigung der europäischen Arbeitsmarktkrise angesehen wird. Unter anderem in Frankreich denkt man inzwischen intensiv über eine Arbeitsmarktreform à la Hartz nach.

Wie viel es mit den Hartz-Reformen zu tun hat, dass Deutschland – bislang – vergleichsweise gut durch die Krise gekommen ist, ist freilich auch unter Ökonomen strittig. Folgt man dem französischen Ökonomen Guillaume Duval, einem ausgezeichneten Kenner beider Systeme, so hat Deutschland seine derzeit positive Lage nicht wegen, sondern trotz der Hartz-Reformen behalten können. In dieser Sichtweise ist dies vielmehr den überlieferten Strukturen des alten westdeutschen Modells („rheinischer Kapitalismus“) zu ver-

danken. Dazu zählen starke Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände, die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung und das System institutionalisierter Kooperation – diese Faktoren erzeugen Vertrauen und sozialen Zusammenhalt, sie sorgen dafür, dass der Sinn fürs Gemeinwohl auch unter Belastungen nicht völlig verloren geht. Hartz IV hat all diese Faktoren beschädigt, aber nicht zerstört. „Mehr Hartz IV“ würde demnach nicht zu mehr bezahlter, guter Arbeit führen, sondern die Erfolgsvoraussetzungen des deutschen Arbeitsmarkts weiter verschlechtern.

Auf die von Hartz IV betroffenen Menschen haben die Reformen allerdings massive Auswirkungen. Die Lebensbedingungen von Arbeitslosen haben sich seither drastisch verschlechtert. Vom ursprünglich geplanten „Fördern und Fordern“ ist in der Lebensrealität der Betroffenen zumeist nur das „Fordern“ erhalten geblieben. Viele Arbeitslose fühlen sich durch die Reformen massiv in ihrer Würde, ihrer Freiheit und ihrer finanziellen Absicherung beschnitten. Kärge Rentenerwartungen, kaum auskömmliche Leistungen für den Lebensunterhalt und die Androhung von Sanktionen bei mangelnder Unterordnung sind für die Betroffenen zum Alltag geworden.

Auf der anderen Seite ist der versprochene Trampolin-Effekt ausgeblieben. Es leiden vor allem diejenigen unter



Professor Dr. Rolf  
Rosenbrock,  
Vorsitzender des  
Paritätischen  
Gesamtverbands

Hartz IV, die ohnehin schon Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt hatten. Immer häufiger heißt es: einmal arbeitslos, immer arbeitslos.

Zehn Jahre nach Einführung von Hartz IV ist es Zeit, nicht nur Bilanz sondern auch Konsequenzen zu ziehen: Die Zwei-Klassen-Arbeitsmarktpolitik, die mit den Hartz-Reformen begonnen wurde, muss ein Ende haben. Nach zehn Jahren Hartz IV ist es Zeit für eine neue Arbeitsmarktpolitik, die wirklich allen Menschen Perspektiven bietet und keinen zurücklässt. Dass das möglich ist, zeigen die Reportagen und Berichte über die trotz schwierigster Rahmenbedingungen erfolgreiche Arbeit von Mitgliedsorganisationen und Akteuren unter dem Dach des Paritätischen in diesem Heft. Eine ausführliche Bilanz des Paritätischen Gesamtverbands zu zehn Jahren Hartz IV sowie unsere Reformvorschläge finden Sie zudem auf der Internetseite [www.10jahre-hartz4.de](http://www.10jahre-hartz4.de).

Herzlich Ihr



# Langzeitarbeitslosigkeit und Armut werden hauptsächlich verwaltet

## Soziale Teilhabe und eine echte Existenzsicherung für Arbeitslose müssen ganz oben auf die politische Agenda

Zum zehnjährigen Bestehen der Hartz-Gesetze sind die ehrgeizigen Ziele dieser großen Reform weitgehend verfehlt. Die Bundesregierung will sich trotzdem aktuell auf Symbolpolitik beschränken. Denn die neuen Pläne der Bundesarbeitsministerin zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit laufen im Wesentlichen darauf hinaus, lediglich rund 43.000 der rund eine Million Langzeitarbeitslosen mit zeitlich befristeten Programmen zu unterstützen.

Wesentliche Ziele der Hartz-Reformen waren die nachhaltige Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit und der damit verbundenen negativen Folgen wie etwa die soziale Ausgrenzung der Betroffenen. Tatsächlich stecken viel zu viele Menschen im Leistungsbezug des Arbeitslosengeldes II fest. Zwei Drittel der mehr als vier Millionen „Hartz-IV“-Empfänger im erwerbsfähigen Alter waren Ende 2012 bereits über zwei Jahre im Leistungsbezug, jede(r) Vierte sogar durchgängig seit 2005.

### Hartz IV ist für viele ein Dauerzustand

Ganz entgegen der ursprünglichen Intention, die Menschen in Arbeit zu bringen, ist Hartz IV für viele ein Dauerzustand von materieller Bedrängnis und sozialer Ausgrenzung. Die Leistungen zur Existenzsicherung sind zu niedrig und decken nur das Nötigste ab. Im Alltag löst jede defekte Waschmaschine oder andere unvorhergesehene Ausgabe einen sofortigen Engpass aus. Ohne größere Einschränkungen zum Beispiel mit öffentlichen Verkehrsmitteln mobil zu sein oder sich am normalen kulturellen Leben zu beteiligen, ist für die meisten Betroffenen finanziell kaum möglich. Skanda-

lös sind die lange bekannten, aber immer noch nicht geschlossenen Lücken zwischen der Grundsicherung und dem Gesundheitssystem. Wer eine Brille braucht, muss sie sich vom Mund absparen oder darauf verzichten, weil sie von keiner Stelle erstattet wird. Frauen im Hartz-IV-Bezug haben nur eingeschränkten Zugang zu den üblichen und sicheren Verhütungsmitteln wie etwa der Pille.

### Keine Fortschritte bei Kinderarmut

Die Umsetzung der Hartz-Reformen liefert eine klare Fehlanzeige auch bei der Verringerung der Kinderarmut. Das damalige „Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ sah es als vordringlich an, die Zahl der rund eine Million Kinder im Sozialhilfebezug zu senken. Im Dezember 2011 lebten rund 1,6 Millionen Kinder im Alter bis zu 15 Jahren in Familien mit Leistungsbezug des Sozialgesetzbuchs (SGB) II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) – und das im Durchschnitt schon knapp drei Jahre lang. Das Bundesverfassungsgericht hat 2010 bessere Leistungen zur Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an Bildung und gesellschaftlichem Leben angemahnt und den Gesetzgeber dazu veranlasst, das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket einzuführen. Trotz aller Bemühungen der Jobcenter sind die Wege zu diesen Leistungen aus dem Jobcenter heraus aber zu weit und die Verfahren zu bürokratisch, als dass sich für Kinder und Jugendliche wirklich etwas verbessert hat. Neue Freizeit- und Bildungsangebote sind kaum entstanden.

Die Hartz-Reformen waren unter die Leitidee des „Förderns und Forderns“ gestellt worden. Um die verfestigte

Langzeitarbeitslosigkeit zu reduzieren, sollten Langzeitarbeitslosen mehr Anstrengungen abverlangt, aber auch eine intensivere Förderung zuteil werden. Das Fördern ist schon sechs Jahre nach Inkrafttreten des SGB II der allgemeinen Sparpolitik der Bundesregierung zum Opfer gefallen. Zur Konsolidierung des Bundeshaushalts wurden Mittel zur Eingliederung drastisch gekürzt – im Vergleich zwischen den Jahren 2010 und 2014 um drei Milliarden Euro beziehungsweise 41 Prozent. Die Strukturen freier Träger wurden in großen Teilen dauerhaft zerstört. Die verbleibenden Träger arbeiten unter dem Druck rigider öffentlicher Ausschreibungen unter schwierigsten Rahmenbedingungen.

### SGB-II-Verwaltung kostet mehr als die aktive Förderung der Arbeitslosen

Weit weg von den ursprünglichen Ideen der Hartz-Reformer dürfte die Entwicklung sein, dass die Verwaltung des SGB II heute mehr Geld verbraucht als die aktive Förderung der Arbeitslosen. Bund und Kommunen verwenden mehr als fünf Milliarden Euro jährlich für die Verwaltung, während für die Eingliederung nach Umschichtungen der Jobcenter in ihre Verwaltungsbudgets nur rund 3,4 Milliarden Euro verbleiben. Damit das Fördern umgesetzt werden kann, hatten die Reformer aus dem Bundeswirtschaftsministerium ein jährliches Budget zur Eingliederung in Höhe von rund 1.900 Euro für jeden erwerbsfähigen Leistungsberechtigten kalkuliert. Heute stehen nur rund 813 Euro pro Kopf zur Verfügung. Nach der letzten großen Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente werden heute all jene Gruppen aus der aktiven Arbeitsför-

derung ausgesteuert, die weiter weg vom Arbeitsmarkt sind und besonders große Unterstützung benötigen. Einseitige Wirkungsmaßstäbe in der Arbeitsverwaltung, die alleine auf eine Integration in Arbeit abstellen und damit längerfristige Förderungen und Entwicklungsschritte bei Erwerbslosen ausblenden, verstärken diese Tendenz. Die Aussteuerung der arbeitsmarktfernen Zielgruppen ist das Gegenteil dessen, was mit den Hartz-Reformen intendiert war.

### Weniger Förderung für Jugendliche

Auch die damals initiierte intensive Förderung von Jugendlichen ist mittlerweile aufgegeben worden. Vor zehn Jahren wollte man verhindern, dass sich Jugendliche an den Bezug von Sozialleistungen gewöhnen und hat sie deshalb einem besonders harten Sanktionsregime und einer verbindlichen Förderlogik unterworfen. In den ersten Jahren des SGB II haben die Jobcenter die Förderung von Jugendlichen kontinuierlich aufgebaut, so dass im Jahr 2008 knapp 37 Prozent aller Jugendlichen eine Förderung erhalten hatten. Heute sind es nur noch 25 Prozent. Die teils verfehlte Praxis, Jugendliche in kurzfristigen Arbeitsgelegenheiten zu parken ist zum Glück beendet. Aber die Maßnahmen sind häufig einfach weggefallen, ohne dass andere, bessere Angebote gegriffen haben.

Es war eine Herkulesaufgabe, in den letzten zehn Jahren eine funktionsfähige Verwaltung in den Jobcentern aufzubauen. Die Jobcenter haben viel erreicht und vor allem für mehr Kontinuität und Qualifikation bei ihrem Personal gesorgt. Der Anteil der befristeten Beschäftigung wurde stark reduziert und die Betreuungsschlüssel verbessert. Immerhin 74 Änderungen im SGB II haben die Jobcenter seit Beginn ihrer Existenz umsetzen müssen, darunter eine Organisationsreform von den Arbeitsgemeinschaften zu den „gemeinsamen Einrichtungen“, die Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets und zwei umfassende Reformen der arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Die deutsche Bundespolitik hat sich von Anfang an eine komplizierte und schwer zu steuernde Verwaltungsstruk-

tur geschaffen. Arbeitsgemeinschaften und eine begrenzte Anzahl an Optionskommunen wurden nebeneinander aufgebaut und zwischen ihnen ein Wettbewerb der Organisationsmodelle ausgerufen („Wer kann es besser?“). Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2010 mussten die Arbeitsgemeinschaften zu gemeinsamen Einrichtungen umgebaut und mit einer Grundgesetzänderung abgesichert werden. Die Begrenzung der Zahl der Optionskommunen wurde höchstrichterlich bestätigt. Damit ist der Wettbewerb zwischen der Bundesagentur für Arbeit und den optierenden Kommunen offiziell zu Ende gegangen. Das ist gut so, denn dieser Wettbewerb hat den betroffenen Menschen wenig genutzt. Allerdings verschwinden die kommunalen Jobcenter zunehmend aus dem Blickfeld der öffentlichen und politischen Beobachtung. Wie sich die psychosozialen Hilfen gestalten, dazu fehlen verlässliche Daten, so dass es weitgehend im Dunkeln bleibt, wie weit die Kommunen ihrer Verpflichtung zur Bereitstellung dieser Hilfen nachkommen. Berichts-anfragen des Deutschen Bundestags werden meist nur mit Angaben aus der Bundesagentur für Arbeit beantwortet. Deutlich mehr Öffentlichkeit gibt es für das Zusammenspiel zwischen Hartz-Reformen und Arbeitsmarkt. Es ist umstritten, welchen Anteil die Hartz-Reformen daran haben, dass sich der deutsche Arbeitsmarkt in den letzten Jahren trotz Finanzkrise positiv entwickelt hat, Beschäftigung auf- und Arbeitslosigkeit abgebaut werden konnte. Doch bei einem Fakt gibt kaum einen Zweifel: Das Ziel der Hartz-Reformen, den Arbeitsmarkt zu deregulieren und Niedriglohnjobs zu befördern, ist erreicht worden. Atypische Beschäftigung in all ihren Facetten hat den Arbeitsmarkt durchdrungen. Im Niedriglohnsektor arbeiten inzwischen vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Berufsabschluss. Die Hartz-Reformen haben nicht nur Erwerbslose, sondern auch Beschäftigte „gefügiger“ gemacht. Nach Betriebsbefragungen sind noch mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bereit, geringer bezahlte Jobs und schlechtere Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.

Aber auch die meisten Erwerbslosen im SGB-II-Bezug machen große Zugeständnisse, um irgendeinen Job zu bekommen. Im vergangenen Jahr konnte immerhin jede/r Vierte erwerbsfähige Leistungsberechtigte in eine Arbeit integriert werden. Die Hälfte hat sich aber mit befristeten Jobs begnügen müssen. Jede/r Vierte akzeptiert Jobs unterhalb seines oder ihres Qualifikationsniveaus. Damit zeigt sich aber auch eine höchst dysfunktionale Wirkung des SGB II auf den Arbeitsmarkt: Wo mit rigiden Zumutbarkeitskriterien schnelle Dequalifizierung in Kauf genommen wird, mangels ausreichender Qualifizierungsangebote nicht genügend auf die Fachkräftenachfrage des Arbeitsmarkts reagiert werden kann und viele Personen aus der Arbeitsmarktpolitik ausgesteuert sind, ist auf eine nachhaltige Arbeitsmarktpolitik verzichtet worden.

### Uneingelöste Versprechen

Diese Gesellschaft darf sich nicht damit abfinden, dass Langzeitarbeitslosigkeit und Armut hauptsächlich verwaltet werden mit der Absicht, dass das soziale Elend in der Öffentlichkeit nicht zu stark auffällt und vor allem nicht zu teuer wird. Die steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürger sollen Kenntnis davon erhalten, dass Erwerbslose die mit der Politik des „Forderns“ verbundenen Verpflichtungen schon von sich aus mit ihrer hohen Konzessionsbereitschaft einhalten, die Arbeitsmarktpolitik hingegen das gegebene Versprechen der Förderung kaum mehr erfüllt. Armut und soziale Ausgrenzung lassen sich aber nicht alleine am Arbeitsmarkt auflösen. Deswegen müssen soziale Teilhabe und eine echte Existenzsicherung jetzt ganz oben auf die Agenda für eine Weiterentwicklung des SGB II.



Tina Hofmann,  
Referentin für  
Arbeitsmarktpolitik  
beim  
Paritätischen  
Gesamtverband

Seit 30 Jahren arbeitet Petra Lafferentz in der Hamburger Großwohnsiedlung Steilshoop, immer beim selben Träger, der heute Alraune gGmbH heißt. Bildung, Ausbildung und Qualifikation mit Quartiersentwicklung in benachteiligten Gebieten zu verknüpfen – das gelingt Alraune bis heute. Mit enormem Kraftaufwand.

## Immer auf der Kippe



Petra Lafferentz,  
Geschäftsführerin  
der Hamburger  
Alraune gGmbH

Es gibt nichts, was man länger als 24 Monate planen kann, sagt Petra Lafferentz. In manchen Phasen hätten sie einzelne Projekte in halbjährigen Rhythmen verlängert. Bei 35 Betriebsstätten mit 180 Beschäftigten heißt das: Sie und ihr Kollege müssen ständig neue Konzepte entwickeln und neu mit Geldgebern verhandeln. „Wenn man da keine hemdsärmelige Mentalität hat, wird man verrückt“, betont Lafferentz.

Derzeit ist das Stadtteilcafé Steilshoop gefährdet. Wieder einmal. Das Café ist eine der Keimzellen von Alraune – 1988 wurde es eröffnet. Schon morgens um 9 Uhr ist es gut besucht. Im Wintergarten gönnen sich Stadtteilbewohner ein Kännchen Kaffee oder Tee zum Preis von einem Euro. Anderswo könnten sie es sich nicht leisten. Junge Mütter ruhen hier aus, während ihre Kinder sich in der Spielecke tummeln, es gibt Kuchen, Snacks und mittags ein erschwingliches Essen.

Neu-Steilshoop ist ein armer Stadtteil und er wird immer ärmer. Die Großsiedlung von vier- bis zehnstöckigen Häusern wurde Anfang der 1970er Jahre gebaut. Derzeit sind 7,4 Prozent der über 18-jährigen Neu-Steilshooper langzeitarbeitslos und müssen von Arbeitslosengeld II leben. 35 Prozent der Mütter sind alleinerziehend. Das sind deutlich mehr als in allen umliegenden Stadtteilen. Im Einkaufszentrum,

gleich gegenüber dem Stadtteilcafé, kann außer günstigen Supermarkt- und Drogerieketten kaum Einzelhandel überleben, geschweige denn ein Café. Sogar der Branchenverband Dehoga fürchtet keinerlei Konkurrenz und hat dem Café, in dem kein Alkohol ausgeschenkt wird, die Unbedenklichkeit bescheinigt.

### Früher: Vom Ein-Euro-Job in die Ausbildung

Nur das Jobcenter bringt das Stadtteilcafé immer wieder in Existenznot. Viele Jahre wurde das Café als Beschäftigungsprojekt für alleinerziehende Mütter betrieben – mit Stellen, die als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) oder als Arbeitsgelegenheiten nach Paragraph 19 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG-19-Stellen) finanziert wurden. Die wurden vor gut zehn Jahren gestrichen. Die Rettung waren Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung, kurz Ein-Euro-Jobs. Fortan waren die Hälfte der beschäftigten Frauen Ein-Euro-Jobberinnen, die andere Hälfte Auszubilden-

de zur Fachkraft im Gastgewerbe, Köchin oder Hauswirtschafterin. Petra Lafferentz: „Wir hatten häufig den Effekt, dass jüngere Frauen, die sich stabilisiert hatten, in eine Ausbildung gehen konnten. Dann machen wir auch Berufsvorbereitung. Es ist eine Förderkette.“

Ende 2013 kündigte das Jobcenter an, die Ein-Euro-Jobs zu streichen. Begründung: Die Arbeitsgelegenheiten seien nicht wettbewerbsneutral, da ja auch andere Anbieter ein solches Café betreiben könnten. Da reichte plötzlich auch die Bescheinigung der Dehoga nicht mehr. Zudem kontrolliere Alraune die Bedürftigkeit der Gäste nicht am Eingang. Ein Aufschrei ging durch die Presse. Die Parteien im Bezirk beschlossen, dass Finanzloch zu stopfen, bis eine andere Finanzierung gefunden war.

### Heute: Ausbildung oder sozialversicherungspflichtige Arbeit

Wie diese aussehen könnte, hatte die Alraune gGmbH bereits in ihrem größten Arbeitsbereich, der Schulgastronomie,

mie entwickelt – allerdings unter anderen Vorzeichen. Jahrelang hatten ABM-Kräfte Schulen mit Mittagessen und oft auch mit Schulfrühstück versorgt, das mit frischem Gemüse und Obst zubereitet ist. Dann kippten die ABM- und BSHG-19-Stellen, es folgten Ein-Euro-Jobs. „Wir konnten dann günstiger das Essen anbieten und sind deshalb nur in sozial benachteiligte Regionen gegangen: Jenfeld, Dulsberg, Steilshoop.“ Damit sich die Eltern das Mittagessen leisten können, bot Alraune es für zwei Euro an, wer kein Geld hatte, bekam Essensmarken.

### Preiswertes Essen an Schulen in benachteiligten Stadtteilen

Als in Hamburg die Ganztagschule obligatorisch wurde und jede Schule ein Mittagessen anbieten musste, war Schluss mit den Ein-Euro-Jobs. Die Arbeitsverwaltung argumentierte, Schulessen sei nun Regelbetrieb, für den es eine Finanzierung gebe. Alraune verhandelte eine Auslaufphase. Seit April 2012 sind keine Ein-Euro-Jobber mehr beschäftigt. Trotzdem hat es Alraune geschafft, weiterhin gesundes Schulessen zu günstigem Preis in benachteiligten Stadtteilen anzubieten und gleichzeitig Langzeitarbeitslose zu qualifizieren. „Alle, die in der Schulversorgung arbeiten, werden entweder ausgebildet oder sie haben einen sozial-

versicherungspflichtigen Job – viele in der Variante FAV, also der Förderung von Arbeitsverhältnissen.“

Die Rechnung geht knapp auf. „Wir haben sehr viel mehr Personal in unseren Küchen, weil wir mit Menschen arbeiten, die zuvor nicht so viel gearbeitet haben. Sie brauchen Anleitung“, sagt Petra Lafferentz. Die zusätzliche Anleitung finanziert teilweise ein Projekt aus dem Europäischen Sozialfonds. Die Stadt bezuschusst das Schulessen, und die Eltern zahlen weiterhin einen von Senat festgelegten Beitrag. So kann Alraune die Restpersonalkosten finanzieren, die nicht von der Arbeitsverwaltung übernommen werden. Gegenwärtig versorgt Alraune 25 Hamburger Ganztagschulen.

### Qualifizierung für die Gastronomie

Im Stadtteilcafé dagegen lassen sich die Personalkosten nicht erwirtschaften. Nach mühseligen Verhandlungen hat Alraune hier einen anderen Weg gefunden: Statt Ein-Euro-Jobberinnen zu beschäftigen, ließ sich der Träger eine Qualifizierungsmaßnahme zertifizieren. Er qualifiziert junge Frauen ein Jahr lang für die Gastronomie. Anschließend können sie in einer Teilzeit-Umschulung 2,5 Jahre lang eine Ausbildung absolvieren. Ein sinnvolles Konzept, fanden Sozialbehörde und Jobcenter-Zentrale. Doch das örtliche

Jobcenter hält nichts davon. „Das Jobcenter findet, der gesamte Arbeitsbereich Gastronomie ist nicht geeignet, deshalb geben oder empfehlen sie den Frauen den Bildungsgutschein nicht.“ Statt 25 junge Frauen auszubilden, sind es derzeit nur zehn. Die Konsequenz: „Wir produzieren ein wahnsinniges Minus mit dem Laden.“

### Ein neuer Weg: Schule für alle

Um sich derlei Frust künftig zu ersparen, hat die Alraune gGmbH in ihrem dritten Schwerpunkt, den Produktionsschulen, ganz die Flucht nach vorne angetreten. Die Produktionsschulen würden aber zusehends zur neuen Sonderschule abgestempelt, ohne für die sonderpädagogische Förderung entsprechend bezahlt zu werden, sagt Petra Lafferentz: „Ich habe eineinhalb Jahre versucht, mit der Schulbehörde eine Verbesserung zu erreichen.“ Vergebens. Ewig will sie das Engagement ihrer Beschäftigten nicht strapazieren: „So viel ‚Ehrenamt‘ kann man den Leuten nicht abverlangen, die ja sowieso unterbezahlt arbeiten.“

Stattdessen gründet Alraune derzeit ein Polytechnikum, das für alle Kinder und Jugendliche ab Klasse 5 bis zum Abitur offen ist, inklusive 25 Prozent Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf. Anfangs lernen alle viel über Projektarbeit und praktisches Tun, >>



Das Stadtteilcafé in Steilshoop  
Fotos: Gerlinde Geffers

ab der 10. Klasse absolvieren sie eine Ausbildung. Die Auswahl ist groß: Mode- und Grafikdesign, Computertechnik und Verwaltung, sozialpädagogische Assistenten, handwerkliche und gastronomische Berufe, Energie- und Gebäudetechnik, was man brauchen kann, womit man auch in der Schule arbeiten kann. Lafferentz wünscht sich, dass möglichst viele den praktischen Teil direkt in einem Betrieb absolvieren. Wer will, hat am Ende nicht nur einen Beruf, sondern legt extern die Prüfung zum Abitur ab. Eine Schule ist bereits gefunden. Die Förderanträge sind ge-

stellt. Die Schulbehörde ist wohlwollend. Im Sommer 2015 soll es losgehen.

#### Quartiersprojekte gefährdet

Dann ist hoffentlich auch für Steilshoop eine Lösung gefunden. Denn dort steht nicht nur das Café auf wackeligen Füßen, sondern auch alle anderen Quartiersprojekte: das Tier- und Pflanzenhaus für Kinder, die Fahrradwerkstatt und der Verkehrsübungsplatz sowie die Alltagshelfer, die Senioren, Menschen mit Behinderung und jungen Familien mit geringem Einkommen kurzfristig und unbürokratisch zur Seite

stehen. Auch ihnen hat das Jobcenter die Ein-Euro-Jobs gestrichen. Unter großem öffentlichen Druck ist die Sozialbehörde eingesprungen. Von Februar 2015 an stellt Alraune auch in diesem Bereich die Förderung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, Tagelohnmodellen und Ehrenamt um.

Gerlinde Geffers

Alraune gGmbH  
Tel: 040/632004 - 20/-25 (Zentrale)  
E-Mail: info@alraune-hamburg.de  
www.alraune-hamburg.de

## Jeder muss in der Logik des anderen denken können

Junge Menschen mit besonderem Förderbedarf beim Sprung ins Arbeitsleben zu unterstützen, das kann ein Kraftakt sein. Denn es gilt Leistungen zu koordinieren, die drei Sozialgesetzbüchern zugeordnet sind. Wie das in der Praxis funktionieren kann, zeigt das Jugendberatungshaus sos.mitte in Berlin, getragen vom SOS Kinderdorf e. V.

Janine\* hatte einen wachen Geist, gute Noten und Eltern, die sich kümmerten. Günstige Voraussetzungen, um in Wedding, einem sozial stark belasteten Berliner Stadtteil, ein Gymnasium zu besuchen. Doch das alles half ihr nicht, als sie in die siebte Klasse kam. Das Mädchen fühlte sich von Lehrern abgelehnt. Tief getroffen, verlor sie die Motivation. Es folgte der Abstieg, erst auf die Real-, dann auf die Hauptschule. Egal, sie schwänzte ja ohnehin. Mehr und mehr bestand ihr Leben aus Rumhängen, sei es zuhause oder in der Clique.

Um es vorwegzunehmen: Einige Jahre später hat Janine ihr Fachabitur gemacht. Voller Freude ist sie kürzlich ins Jugendberatungshaus sos.mitte gekommen, damit Rainer Kirchner er-

fährt: Sie hat es doch noch geschafft, sein Einsatz hat sich gelohnt.

Der Sozialpädagoge, der in seinem Büro unweit des berühmten Gefängnisses Berlin-Moabit sitzt, erzählt Janines Geschichte, um klarzumachen: Wenn es schon für ein Mädchen wie Janine so schwer sein kann, ihren Weg in ein selbstständiges Leben zu finden – wie viele Hürden können sich dann erst vor jungen Menschen aufbauen, die benachteiligter aufwachsen? Wie ergeht es Jugendlichen mit Eltern, die morgens nicht aus dem Bett herauskommen? Wie denen, die aufgrund einer Einwanderergeschichte mit zwei Sprachen und Kulturen umgehen müssen? Und was ist mit der wachsenden Gruppe, die schon in jungem Alter so psychisch angeschlagen sind, dass sie nachts keinen Schlaf finden und tagsüber neben sich stehen? Auf den meisten der 250

bis 300 Jugendlichen, die sich Jahr für Jahr an Rainer Kirchner und seine Kollegen wenden, lastet eines oder mehrere dieser Probleme.

Trotz allem kann sich ein Weg finden – wenn der Wille und das Vertrauen da sind, eine passende individuelle Unterstützung und ein langer Atem bei den Begleitern. Das ist es, was das Angebot des Jugendberatungshauses sos.mitte ausmacht. Das ist es, was Janine geholfen hat.

Bei ihr erfordert es etliche Treffen, bis Rainer Kirchner eine Arbeitsbeziehung aufbauen kann. Geprägt durch die schlechten Erfahrungen mit Lehrern, ist Janine auch ihm gegenüber verschlossen. Doch irgendwann fasst sie Vertrauen. Es zeigt sich: Die junge Frau hat Willenskraft, sie braucht nur einen Schutzraum, in dem sie sich angenommen fühlt. Ihr Berater vermit-

\* Name von der Redaktion geändert



Reiner Kirchner unterstützt im Jugendberatungshaus sos.mitte in Berlin Jugendliche mit besonderem Förderbedarf dabei, den Weg ins Berufsleben zu finden.

Foto: Bernd Schüler

telt sie in die Maßnahme ABO. Das steht für „Aktivierende berufliche Orientierung“ und bedeutet: Eine Berufsorientierung mittels verschiedener Praktika wird verbunden mit schulischem Lernen in Kleingruppen. Dann und wann ist ein Anruf notwendig, damit die Jugendliche dieses Angebot auch wirklich nutzt. Und immer wieder kommt Rainer Kirchner vorbei, um auftauchende Probleme zu besprechen. Die engmaschige Betreuung wirkt: Janine macht in den nächsten Jahren einen Abschluss nach dem anderen.

#### Gelungene Kooperation

Dass es diese persönliche Begleitung und die geeignete Maßnahme für Janine gab, verdankt sich einem besonderen Umstand: Im Berliner Bezirk Mitte haben sich Jugendamt, Jobcenter, SOS Kinderdorf und drei weitere Träger zusammengetan und zum Beispiel in verschiedenen Kiezen Jugendberatungshäuser eingerichtet. Damit sollen Jugendliche wie Eltern eine leicht zugängliche Anlaufstelle haben, die sie kontinuierlich berät und die passende Hilfe organisiert.

Nun könnte man meinen, das sei selbstverständlich. Ist es aber nicht.

Wer Rainer Kirchner und seinem Chef Fred Britz, dem Bereichsleiter Berufsvorbereitung, Beratung, Medien beim SOS Kinderdorf e.V. in Berlin, zuhört, der lernt nicht nur Begriffe wie „rechtskreisübergreifend“ kennen. Vor allem erfährt er oder sie, welchen Kraft- und Balanceakt auf sich nehmen muss, wer Jugendliche unterstützen will, dabei aber bis zu drei Sozialgesetzbüchern gerecht werden muss.

#### Jugendliche in Bedarfsgemeinschaften

Um die Entwicklung zu verstehen, lohnt ein Sprung in die Zeit vor Hartz IV. Damals gab es eine klare Zuordnung: Berufliche Orientierung war die Aufgabe der Arbeitsagentur, es sei denn, Jugendliche hatten diverse Probleme. Dann nämlich war das Jugendamt verantwortlich. Es konnte eigenständig Maßnahmen zur Abhilfe organisieren. „Mit der Hartz-IV-Reform kommt ein neuer Spieler hinzu, der in der Unterstützung Jugendlicher mitmischt“, sagt Fred Britz. Nach wie vor sind die Arbeitsagentur und das Jugendamt in der Pflicht. Doch alle Jugendlichen, die in den so genannten Bedarfsgemeinschaften leben, fallen in die Verantwortung der Jobcenter. Junge Menschen,

die einen Förderbedarf haben und in einem Haushalt mit Arbeitslosengeld-II-Bezieher\*innen wohnen, sind also nicht mehr allein dem Sozialgesetzbuch (SGB) VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) zugeordnet, sondern auch auf die Regelungen im SGB II (Arbeitsförderung) und III (Grundsicherung für Arbeitsuchende) verwiesen. In Stadtteilen wie Moabit betrifft das eine große Zahl an jungen Menschen.

In der Praxis bedeutet das in den ersten Jahren nach der Hartz-IV-Reform: Alle müssen sich erst einmal in die neuen Regelwerke eindenken. Juristen loten aus, wie überhaupt beide Bereiche kooperieren können. Träger beginnen nach und nach Maßnahmen zu gestalten, die mit beiden Gesetzbüchern konform gehen; eine Notwendigkeit, denn bei einer Prüfung gilt nur, inwieweit die Anforderungen eines Regelwerks erfüllt werden. Und Jugendberater wie Rainer Kirchner fragen sich: Wie können wir Förderungen rechtsübergreifend so zusammenbauen, dass sie für den jungen Menschen eine sinnvolle Einheit ergeben?

Das Jugendberatungshaus sos.mitte ist eine Antwort darauf. Hier engagieren sich seit 2003 drei Jugendberater, >>

die vom Jugendamt beauftragt sind, Tür an Tür mit zwei Fallmanagern des Jobcenters. Der Vorteil: Kommt jemand zu Rainer Kirchner, kann er bei der ersten Beratung prüfen lassen, inwieweit ALG-II-Leistungen bezogen werden. Falls ja, genügen bald ein paar Schritte über den Flur, und der Jugendberater kann sich mit dem Kollegen des Jobcenters abstimmen. „So erhalten Jugendliche ein passendes Angebot aus einer Hand“, sagt Rainer Kirchner. In Berlin seien sie wohl die einzigen, die das in so enger Kooperation eingerichtet haben.

### Kombi-Finanzierung

Doch damit allein wäre Jugendlichen wie Janine nicht geholfen. Sie brauchte eine Maßnahme wie ABO, die ihrem besonderen Förderbedarf gerecht wurde. Um den besseren Personalschlüssel bei der Betreuung zu ermöglichen, haben sich die verschiedenen Akteure auch hier auf eine Kooperation geeinigt. Nur dank dieser Kombi-Finanzierung konnte Janine so eng betreut werden. Allein nach der Regeln des Jobcenters wäre das nicht möglich gewesen. Die Anforderung an die Beteiligten im Jugendamt, Jobcenter und Jugendberatungshaus lautet: Jeder muss in der Logik des anderen denken können. Der Fallmanager muss wissen, wie der Jugendamts-Mitarbeiter oder die Mitarbeiterin in seinem Rechtskreis einen Fall bewertet, und der Jugendberater muss das Vorgehen des Fallmanagers antizipieren können. „Eine Herkulesaufgabe“, sagt Rainer Kirchner. Fehlte dieses übergreifende Denken, würde es endlos dauern, bis man übereinkomme. So aber habe man auch ein leistbares technisches Verfahren entwickelt, etwa wer wann wie wen informiere.

### Unterschiedliche Philosophien

Dass die Zusammenarbeit prinzipiell so schwierig ist, hängt mit denkbar unterschiedlichen Philosophien der Gesetzbücher zusammen. SGB II und SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) zum Beispiel: Nach dem Sozialgesetzbuch II sollen alle Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration dienen. Viele Jobcenter bringt dies dazu, nur das zu fördern, was schnell zu Erfolg

führt. Wer womöglich nicht ausbildungsreif ist, zum Beispiel weil er unpünktlich ist, in den wird nicht investiert. Wer nicht mitzieht, wird sanktioniert. Im schlimmsten Fall bekommt ein Jugendlicher gar kein Geld. Im Geiste des SGB VIII erscheint das zu rigide. „Jugendliche in besonderen Schwierigkeiten verschreckt man so nur, aber motiviert sie nicht, etwas an ihrem Leben zu ändern“, sagt Rainer Kirchner. Janine hätte er so nicht erreicht. Von der Jugendhilfe her gedacht, müsse man auf die Entwicklung der Persönlichkeit setzen. Dafür würde man ausschließlich mit der oder dem Jugendlichen arbeiten – nach dessen Tempo, nach deren Wünschen. „Nur wenn er oder sie eine Perspektive entwickelt, besteht Aussicht auf Erfolg“, sagt der Jugendberater. Dafür sichert er jedem jungen Klienten seinen parteilichen Einsatz zu: „Ich setze mich für dich ein und schaue auf deine Potenziale.“ „Das kann auch einschließen, etwas zu fordern“, sagt er. Entscheidend sei nur eine langfristige Strategie. Die Jobcenter dagegen, klagt Rainer Kirchner, schauten eher danach, den Jugendlichen kurzfristig in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen. Frei nach dem Motto: Hauptsache vermittelt. Ob der oder die Jugendliche nach einem halben Jahr eine Stelle wieder verliert oder ob die Chancen mit einem höheren Schulabschluss nicht besser gewesen wären, interessiere das Jobcenter häufig nicht.

### „Quadratur des Kreises“ kann gelingen

Dennoch, so sagt Fred Britz, hätten Jugendhilfe und Jobcenter bei vielen Maßnahmen „eine Quadratur des Kreises hinbekommen“. In Berlin-Mitte habe man das Beste aus beiden Gesetzbüchern herausgeholt.

Nur muss der Diplom-Soziologe seit einiger Zeit feststellen: Das Blatt wendet sich. Die Jobcenter werden wieder vorsichtiger. Mehr und mehr meiden sie die rechtskreisübergreifende Arbeit. Der Grund: Nach wie vor agiert man dabei im juristischen Graubereich und fürchtet Haftungen. Außerdem heißt es, die Arbeitsmarktlage sei gut, kein Grund also, zu viel Geld in Maßnahmen zu stecken. Auch das ist

für Fred Britz eine kurzsichtige Diagnose: Den Jugendlichen, mit denen seine Kollegen arbeiten, werde ein florierender Arbeitsmarkt allein nicht helfen. Ganz einfach, weil die meisten die immer höher werdenden Anforderungen nicht erfüllten. „Schauen Sie mal, was inzwischen alles von einem jungen Menschen verlangt wird, der Koch werden will“, sagt Fred Britz.

Notwendig aus seiner Sicht: „Man muss mehr zur Jugendhilfe zurück und sie so stärken, dass sie wieder eigene Maßnahmen gestalten kann.“ Dafür sei zwischen den Töpfen umzuteilen. Während in anderen Rechtskreisen viele Mittel nicht gebraucht würden, fehlten sie in der Jugendhilfe. „Das grenzt für uns schon an einem Skandal“, so Fred Britz. Am Sozialgesetzbuch II will er gar nicht viel ändern. Eher ließe sich das Ziel der Arbeitsmarktintegration auch in Maßnahmen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz aufnehmen. Bislang, gibt er zu, war man in der Jugendhilfe vor allem auf Schulabschlüsse fokussiert.

Mit Vorbehalt schaut er unterdessen auf die Jugendberufsagenturen. Einem Koalitionsbeschluss zufolge werden diese Einrichtungen demnächst in allen Bundesländern aufgebaut. Noch gibt es keine konkreten Pläne, aber sicher ist: Unter einem Dach soll dort alles erhältlich sein, was Jugendliche am Übergang zwischen Schule, Ausbildung und Arbeitsleben brauchen. Fred Britz schlägt vor, dass das erfolgreiche Modell der Jugendberatungshäuser dort integriert wird. Und er hofft, die neuen Agenturen würden nicht als das Allheilmittel dargestellt. Für den Jugendlichen ohne Probleme möge das gelten. „Aber für die jungen Menschen mit Förderbedarf müssen wir darauf achten, dass sie da nicht untergehen. Und wenn die Jugendberufsagenturen in einem anderen Bezirk liegen, ist zu befürchten, dass die Jugendlichen da nicht hingehen.“ Bernd Schüler

SOS Kinderdorf e.V.,  
SOS-Berufsbildungszentrum Berlin,  
Tel.: 030/45508014,  
E-Mail: Fred.Britz@sos-kinderdorf.de,  
[www.sos-mitte.de](http://www.sos-mitte.de)



Innovation  
that excites

### NISSAN NOTE ACENTA

1.2 l, 59 kW (80 PS)

Laufzeit: **36 Monate** | Leasingsonderzahlung: € 0,-  
Gesamtlauflistung: **30.000 km** | monatliche Leasingrate: **€ 85,-\*** (netto)  
nur € 8,- (netto) mehr mit Technik-Service\*\*

### NISSAN MICRA ACENTA

1.2 l, 59 kW (80 PS)

Laufzeit: **36 Monate** | Leasingsonderzahlung: € 0,-  
Gesamtlauflistung: **30.000 km** | monatliche Leasingrate: **€ 67,-\*** (netto)  
nur € 7,- (netto) mehr mit Technik-Service\*\*



## FAHRSPASS ZUM GEPFLEGTEN PREIS. DIE CITYFLITZER VON NISSAN.

Jetzt werden Hausbesuche zur pflegeleichten Angelegenheit. Die spritzigen City Cars NISSAN MICRA und NISSAN NOTE machen Sie nicht nur besonders wendig und erleichtern Ihnen die Parkplatzsuche, sie überzeugen auch mit großem Komfort, einer attraktiven Leasingrate und einem optionalen Technik-Service-Paket. Steigen Sie ein und genießen Sie es, sich einmal keine Sorgen machen zu müssen. [www.nissan.de](http://www.nissan.de)

**Gesamtverbrauch l/100 km: innerorts 6,1–5,9, außerorts 4,3–4,0, kombiniert 5,0–4,7; CO<sub>2</sub>-Emissionen: kombiniert 115–109 g/km (Messverfahren gem. EU-Norm); Effizienzklasse C–B.**

Abb. zeigen Sonderausstattungen. \*Berechnungsbeispiel für das gewerbliche Leasing bei einer Laufzeit von 36 Monaten bis 30.000 km zzgl. MwSt., Überführung und Zulassung. Für alle bis zum 31.03.2015 abgeschlossenen Verträge bei Zulassung bis zum 14.04.2015 für die oben ausgewiesenen Modelle. \*\*Der Technik-Service beinhaltet die Wartungskosten und Verschleißreparaturen (gemäß AGB) für die Vertragslaufzeit. Ein Angebot für Gewerbekunden von NISSAN FLEET SERVICES, einem Produkt der ALD AutoLeasing D GmbH, Nedderfeld 95, 22529 Hamburg, in Kooperation mit der RCI Banque S.A. Niederlassung Deutschland, Jagenbergstraße 1, 41468 Neuss. Bei allen teilnehmenden NISSAN Händlern. Angebot gilt solange der Vorrat reicht.

# Erst mal einen Kita-Platz finden ...

## „Schritt für Schritt“ ebnet den Weg heraus aus Hartz IV

Ehrenamtliche Lotsen helfen Menschen mit langer Arbeitslosigkeit, einen neuen Lebenskurs mit Blick auf eine spätere Erwerbstätigkeit einzuschlagen. Das ist der Kern des Projekts „Schritt für Schritt“, das die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen 2014 ins Leben gerufen hat. Es wird in fünf Städten von verschiedenen Trägern umgesetzt. Einer davon ist die RUHRWERKSTATT in Oberhausen, ein Verein für Kultur- und Bildungsarbeit.

Der soziale Stadtplan Oberhausens verzeichnet ein Nord-Süd-Gefälle. Nüchterne Zahlen belegen, warum die RUHRWERKSTATT mit „Schritt für Schritt“ in die Stadtteile Lirich, Styrum und Altstadt ging: In Lirich-Süd zum Beispiel liegt die Arbeitslosenquote bei 15,5 Prozent (gesamte Stadt: neun Prozent). Fast ein Drittel der Bevölkerung muss von Hartz IV leben. Bei den Alleinerziehenden sind es sogar mehr als 80 Prozent. Zu ihnen zählt Laura Obioba.

Die junge, aus Nigeria stammende Frau wohnt mit ihrer vierjährigen Tochter Vanessa und dem einjährigen Sohn Barclays in einem Siedlungskomplex, der eher von teilnahmslosem Nebeneinander als vertraulicher Nachbarschaft geprägt ist. Wie soll man einen persönlichen Neustart hinlegen, wenn man niemanden kennt, die Umgebung fremd ist, wenn man die Sprache nicht beherrscht und sich um zwei kleine Kinder zu kümmern hat? Verzweifelt versuchte Laura Obioba, zumindest die Tochter in einem Kindergarten unterzubringen. Ohne Erfolg. Dann begegnete sie per Zufall in einem Fitnessstudio Rosemary Tsedi, ebenfalls aus Nigeria – und die drohende Sackgasse in ihrem Leben erhielt plötzlich eine Wendemöglichkeit.

Denn Lauras neue Bekannte, früher Lehrerin und aktuell ohne Job, gehört zu den sieben Lotsinnen und Lotsen der RUHRWERKSTATT und brachte die junge Mutter ins Projekt. Dessen Leiterinnen, Elke Dössereck und Hanna Schiweck, besorgten einen Kita-Platz für Vanessa, für ihren kleinen Bruder wurde eine Tagesmutter gefunden. „Damit sie ihre Beschäftigungsfähigkeit überhaupt verbessern können, sind Alleinerziehende auf einen Kita-Platz für ihre Kinder angewiesen“, bekräftigt Hanna Schiweck. Laura Obioba kann nun beruhigt einen Sprach- und Integrationskurs machen. Zugleich hat sie einen wichtigen Schritt für ihre Kinder getan. Weil sie in der Kita Deutsch lernen und Sozialkompetenz erwerben, vergrößere sich ihre Chance, „einen guten Start in unser Bildungssystem zu bekommen“, erklärt Elke Dössereck.

### „Ich muss für mich selbst kämpfen“

Das Projekt dient dazu, gemeinsam mit den Teilnehmenden deren Leben zu stabilisieren und Hindernisse für Perspektiven aus dem Weg zu räumen. „Ich muss für mich selbst kämpfen“, sagt Laura Obioba. Aber sie weiß, dass sie dabei nicht mehr allein ist: „Rosemary

ist eine sehr gute Hilfe.“ Hilfe heißt bei „Schritt für Schritt“, überhaupt wieder ein soziales Leben zu führen, eine gesellschaftliche Isolation abzuwenden. Neue Kraft aus sozialer Teilhabe – so lautet ein zentraler Projektgedanke.

### „Feuerwehrmann“ im Papierkrieg

Bei den Lotsen setzt die RUHRWERKSTATT auf Frauen und Männer, die selbst Erfahrung mit Arbeitslosigkeit und Hartz IV haben, auf jemanden wie Rosemary Tsedi eben. Oder Heribert Ledermann, ehemals Steuerfachangestellter, dann ohne Job und jetzt Rentner. „Meine Arbeitsvermittlerin vom Jobcenter hatte mich angerufen und gefragt, ob ich nicht Lotse werden wolle“, erzählt Ledermann. Er wollte und sieht sich seitdem als „Feuerwehrmann“, immer gefragt, wenn es um „Papierkrieg“ geht. Er sucht mit den Betroffenen die notwendigen Unterlagen zusammen, hilft bei der Vorbereitung zum Beispiel für einen Antrag auf Hartz IV und hat vor allem ein offenes Ohr. „Die Leute müssen das Gefühl haben, nicht allein gelassen zu sein“, betont Heribert Ledermann. Bei ihm kann mal auch mal Dampf ablassen, er ist eben „einer von euch“ und kein Behördenvertreter. Der frühere Steuerfachmann ist der einzige Ruhe-

Schritt für Schritt in ein besseres Leben: Ehrenamtliche Lotsen der RUHRWERKSTATT in Oberhausen wie Heribert Ledermann (links im oberen Foto) helfen Hartz-IV-Beziehern wie Laura Obiogba (rechts), Hindernisse auf dem Weg zu einer möglichen Beschäftigung zu beseitigen.



Die beiden Projektleiterinnen Elke Dössereck (unten links) und Hanna Schiweck vor dem Oberhausener Stadtplan in ihrem Büro. „Schritt für Schritt“ konzentriert sich auf die südlichen Stadtteile mit hoher Arbeitslosenquote.

Fotos: Bernd Kleiner

ständler in der Lotsen-Gemeinschaft. „Die anderen suchen alle selber einen Job“, sagt Hanna Schiweck. Die ehrenamtliche Tätigkeit für die RUHRWERKSTATT beschert ihnen dabei eine zusätzliche Qualifikation. Sämtliche Lotsen werden geschult und erhalten ein Zertifikat. Regelmäßige Lotsentreffen, eine Weihnachtsfeier und ein gemeinsamer Nordsee-Ausflug nach Holland stärken den Teamgeist.

Die Lotsen finden die beiden Projektleiterinnen in erster Linie durch die RUHRWERKSTATT. „Deren 120 Beschäftigte kennen entsprechend viele Leute“, so Elke Dössereck. Rosemary Tsedi beispielsweise kam über die Sprachförderung zu „Schritt für Schritt“, eine andere Lotsin über ein Praktikum beim Bildungswerk der Organisation.

#### Werbung bei der örtlichen Tafel

Die sieben ehrenamtlichen Kräfte und die beiden Verantwortlichen kümmern sich aktuell um 17 „Fälle“. „Wir suchen nicht nur die Lotsen, sondern auch die Teilnehmenden“, erklärt Hanna Schiweck. Frauen und Männer, die für das Projekt infrage kommen, finden die

beiden Pädagoginnen vor allem in der Klientel der RUHRWERKSTATT. Sie haben aber auch schon bei der örtlichen Tafel auf „Schritt für Schritt“ aufmerksam gemacht.

Auf das, was die Teilnehmenden an Unterstützung benötigen, „können wir schnell reagieren“, erklärt Hanna Schiweck. Sie können vieles mit ihrem Lotsenpool abdecken und springen selbst ein, wenn es um komplexe Anforderungen geht, zum Beispiel um einen Wohnungswechsel. „Das ist schon etwas anderes, wenn wir anrufen“, sagt Elke Dössereck. Dabei können ihre Kollegin und sie auf ein Netzwerk bauen, das sie in der Anfangsphase des Projekts geknüpft haben. Elke Dössereck und Hanna Schiweck hatten sich im „Kiez“ bei den Kitas vorgestellt, bei Streetworkern, Wohnungsgesellschaften und anderen Trägern von Sozialarbeit.

„Wir bringen die Dinge für unsere Leute auf den Weg, bis sie es selbst können“, betont Hanna Schiweck, und ihre Kollegin ergänzt: „Wir bieten keine Bedienstruktur.“ Beide wissen allerdings, dass sich „die Dinge“ in der Regel nicht im Handumdrehen lösen

lassen. Menschen mit langer Arbeitslosigkeit falle es oft schwer, „etwas zu verändern“, sagt Elke Dössereck. Hartz IV führe oft zu Depressionen, zur Selbstaufgabe: „Ich krieg‘ doch eh nichts mehr hin.“ Das Projekt der RUHRWERKSTATT zeigt aber, dass sich das Ruder durchaus rumreißen lässt, wenn man Beistand hat. Laura Obiogba jedenfalls hat Mut geschöpft: „Ich will Deutsch lernen und arbeiten.“ Für sie geht es voran, Schritt für Schritt.

Bernd Kleiner

„Schritt für Schritt“ wird außer in Oberhausen in Langenfeld, Solingen, Herford und Gronau umgesetzt. Es wird vom Land NRW und dem Europäischen Sozialfonds finanziert. Weitere Infos gibt es auf [www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de](http://www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de).

Ruhrwerkstatt – Kultur-Arbeit  
im Revier e. V., Oberhausen  
Tel.: 0208/85756-43  
[elke.doessereck@ruhrwerkstatt.de](mailto:elke.doessereck@ruhrwerkstatt.de)  
[hanna.schiweck@ruhrwerkstatt.de](mailto:hanna.schiweck@ruhrwerkstatt.de)  
[www.ruhrwerkstatt.de](http://www.ruhrwerkstatt.de)

# „Wir brauchen mehr Mut, Neues auszuprobieren“

**Der Paritätische: „Fordern und Fördern“ – können Sie den Spruch noch hören?**

**Christine Dressler:** Doch, der Slogan trifft noch zu. Fördern ist der Schwerpunkt unserer Arbeit, und man fördert am besten, wenn man fordert. Denn die wichtigste Hilfe ist die Hilfe zur Selbsthilfe.

**Stefan Köpke:** Im Jobcenter erleben und leben wir das täglich. Oft beansprucht das Einfordern von Mithilfe fast so viel Zeit wie die Vermittlung selbst. Ich habe das Gefühl, dass die Kunden mit uns durchaus zufrieden sind. Auch die Zahlen zeigen, dass wir erfolgreich arbeiten.

**Frau Dressler, wir sitzen hier im Zentrum von Kiel, mit Blick auf Förde und Kreuzfahrtschiffe – vielleicht fällt es hier leicht, erfolgreich zu sein?**

**Dressler:** Unser Erfolg ist immer der unserer Kunden. Die Deutsche Angestellten-Akademie agiert bundesweit, in Kiel haben wir mehrere Standorte. Hier in unserer Zentrale, die gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar ist, bieten wir vor allem Kurse zur Weiterbildung an. Aber wir haben auch Standorte auf dem Ostufer der Kieler Förde, im Stadtteil Gaarden. Dort leben unter anderem ältere Menschen, die Arbeitsmöglichkeiten brauchen, und Jugendliche, die den Einstieg in den Beruf suchen.

**Herr Köpke, ist das die Klientel, mit der Sie als Teamleiter beim Jobcenter zu tun haben?**

**Köpke:** Genau, ich bin im Sozialraum Gaarden zuständig für Über-24-Jährige. Gaarden ist sehr interkulturell, im positiven Sinne sehr besonders. Obwohl von der Fläche gar nicht groß,

betreuen wir gut 4.500 Menschen. Alles andere als spezielle Angebote im Sozialraum bringt dort wenig.

**Wo liegt die Schnittstelle zwischen Ihnen?**

**Köpke:** Da gibt es mehr als nur eine Schnittstelle. Wir sind in ganz Kiel mit Bildungsträgern vernetzt, in Gaarden vorrangig mit der DAA. Wenn ein Kunde zu uns kommt, schauen wir, was er möchte und welchen Weg wir gemeinsam anstreben. Die Kunden und ihre Anliegen sind sehr unterschiedlich. Viele sind motiviert und bringen Ideen mit, andere wiederum müssen stabilisiert werden. Wir greifen auf vorliegende Konzepte zurück, fragen bei Bedarf direkt beim Bildungsträger nach Angeboten. Auf beiden Seiten gibt es langjährig gewachsene Erfahrung – wir haben schon viele Ideen und Konzepte entwickelt.

**Dressler:** Wobei: Konzepte sind nur Papier, wichtig ist die Umsetzung. Es geht darum, den Menschen passgenau das anzubieten, was sie brauchen.

**Sie sprechen von langjähriger Zusammenarbeit – ist es nicht so, dass Bildungsträger sich immer neu um Maßnahmen der Jobcenter bewerben müssen?**

**Köpke:** Sicher gibt es solche Maßnahmen, aber es geht zunehmend zur individuellen Förderung über – worüber ich sehr glücklich bin. Training in der Gruppe ist gut, aber nicht in jedem Fall zielführend für die besonderen Bedürfnisse eines Menschen.

**Dressler:** Die Bewerbung um Maßnahmen ist für uns Träger ein schwieriges Geschäft, weil es nicht nur um Qualität, sondern stark um den Preis geht. Und da fällt es schwer, ein verantwortbares Angebot zu erstellen. Daher bin ich sehr

Im Interview: Christine Dressler, Bereichsleiterin der Deutschen Angestellten-Akademie (DAA) in Kiel, und Stefan Köpke, beim Jobcenter Kiel-Gaarden Teamleiter für den Bereich Über 24-Jährige.

froh, dass wir dank der Vermittlungsgutscheine andere Möglichkeiten haben.

**Wie genau sieht das aus?**

**Köpke:** Das ist individuell verschieden. Nehmen wir an, es kommt ein Selbstständiger, der aufstockend Arbeitslosengeld II beantragen muss. So einen Kunden würde ich nicht in eine Maßnahme setzen, denn er braucht in der Regel keine Hilfe in seinem Handwerk, sondern einen Coach, der auf das Geschäftsmodell schaut.

**Dressler:** Wobei auch die Gruppe für einige sinnvoll sein kann: Man begibt sich in Wettbewerb, trainiert gemeinsam... Allein dieser Teil der Arbeit macht mehr Spaß – sich zu überlegen, was das richtige Angebot sein könnte.

**Köpke:** Was ja auch von euch Trägern mehr abverlangt. Ihr seid in der Pflicht, gute Angebote zu machen.

**Damit nicht Dinge passieren, wie sie Hartz-IV-Empfänger oft beklagen: Leute werden in Maßnahmen geschickt, die ihren Problemen überhaupt nicht gerecht werden.**

**Köpke:** Klar ist, dass man einen Menschen, der Stabilisierung benötigt, nicht einfach mit einem Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein losschicken darf. Wenn jemand psychisch belastet ist, kann man nicht auf bloße Aktivierung setzen. Alle Kunden, die unsere Hilfe in Anspruch nehmen wollen, bekommen Unterstützung. Allerdings gibt es nicht unbedingt für alle individuellen Notwendigkeiten eine Maßnahme.



Foto: Marc Schulz

me. Für diese Menschen bieten die Träger eine Reihe von Hilfen an.

**Dressler:** Wir haben Kontakte zu Beratungsstellen und sozialen Netzwerken. Wenn ein Kunde das möchte, machen wir für ihn einen Termin.

**Trotz der verbesserten Wirtschaftslage verstetigt sich die Langzeitarbeitslosigkeit. Wie erleben Sie das?**

**Köpke:** Die Arbeit mit genau dieser Gruppe ist ja unser Tagesgeschäft. Wir schauen dabei nicht auf Defizite, sondern auf die Ressourcen und versuchen, auf dem letzten Stück Weg zum Arbeitsmarkt zu helfen. Wichtig ist dabei die Eigenmotivation.

**Und falls es bei jemandem daran mangelt?**

**Köpke:** Dann versuchen wir, gegen diese Haltung anzugehen, die Erfolgsaussichten sind aber eher trübe. Aber ihn in eine Maßnahme zu zwingen, lässt nur bei uns, dem Kunden und dem Träger den Frust steigen. Der Arbeitsmarkt gibt zurzeit viel her, und wir gestalten die Angebote so, dass potenzielle Arbeitskräfte zu den Arbeitgebern finden.

**Dressler:** Auch hier geht es wieder um Passgenauigkeit. Arbeitgeber sind ja auch Menschen, die bestimmte Vorstel-

lungen haben. Hier hilft es, dass wir als Träger den Markt gut kennen und raten können: Ja, dieser Mensch passt in deinen Betrieb. Und allmählich verschiebt es sich vom Arbeitgeber- zum Arbeitnehmermarkt. Beim Nachwuchs, bei den Azubis, ist es heute schon so.

**Köpke:** Genau. Da kommen Menschen, die vom Lebenslauf her eigentlich nicht geeignet wären. Wir versuchen dennoch, die Arbeitgeber von ihren guten Eigenschaften zu überzeugen, etwa Motivation oder Leidenschaft. Und was fehlt, PC-Kenntnisse oder Führerschein, werden wir versuchen zu vermitteln.

**Wie sieht es mit älteren Langzeitarbeitslosen aus?**

**Köpke:** Alter sollte heutzutage eigentlich kein Kriterium mehr sein – wenn ich höre, dass man ab 50 zum alten Eisen gezählt wird, graust es mich. Ältere bringen Erfahrungen mit, die wertvoller sein können als nachgewiesene Qualifikationen.

**Dressler:** Menschen im Langzeitbezug von Arbeitslosengeld II erleben viele Jahre nur Misserfolge. Wir versuchen, ihnen Erfolge zu verschaffen. Das kann eine Arbeitsgelegenheit sein oder die Teilnahme an einem Kursus, um neue Fähigkeiten zu erwerben. Aber auch

hier geht es wieder um das individuelle Angebot, das wir im Dreieck Jobcenter-Kunde-Träger abstimmen. Und wenn jemand vermittelt wurde, begleiten wir ihn. Denn die Arbeitswelt ist schnell geworden und die Probezeiten sind kurz. Wer zehn Jahre draußen war, ist leicht überfordert.

**Köpke:** Auch wir müssen schnell und dynamisch reagieren. Wenn jemand in einer Maßnahme falsch ist, switchen wir um. Da sind wir kreativ.

**Das widerspricht dem allgemeinen Bild der Jobcenter, die stur die Vorgaben abarbeiten und weder für Kunden noch für Träger telefonisch erreichbar sind. Was ist in Kiel anders als im Rest der Republik?**

**Dressler:** Ja, das höre ich auch von vielen Kollegen, dass im Jobcenter niemand ans Telefon geht. Hier pflegen wir enge Kontakte mit allen Beteiligten. Wenn es mal Probleme gibt – und wo gibt es die nicht? – besprechen wir das direkt. Hinzu kommen hilfreiche Strukturen, etwa ein eigenes Jobcenter für Jugendliche und die Paten, die sich um einzelne Projekte kümmern. Und: Wir interessieren uns für den Stadtteil, wir sitzen beide ehrenamtlich im Ortsbeirat.

**Wie hat sich die Instrumentenreform in Kiel ausgewirkt, und welche Instrumente würden Sie sich noch wünschen?**

**Dressler:** Dass mal jemand unsere Wünsche erfüllt, glaube ich nicht – nein, wir arbeiten mit dem, was wir haben. Jede Reform bringt erstmal Unruhe, aber wir haben es relativ zügig geschafft, aus den Instrumenten die richtigen zu wählen.

**Köpke:** Ich war damals nicht begeistert von der Reform, aber es hat zum freien Spiel der Kräfte beigetragen und sich bewährt. Neue Instrumente brauchen wir nicht zwingend, eher mehr Mut, Neues auszuprobieren.

Die Fragen stellte Esther Geißlinger

Deutsche Angestellten-Akademie  
GmbH  
Kundenzentrum Kiel  
www.daa-sh.de

Klaus Heidrich hat vieles verloren: erst die Arbeit, dann die Gesundheit. Seither unterstützt er ähnlich Betroffene. In einem kleinen Dorf nahe dem mecklenburgischen Waren hat er einen Verein gegründet, der Langzeitarbeitslosen Bildung und Gemeinschaft anbietet – ohne Druck und ohne Bevormundung.



## Gesellschaftlich aktiv statt depressiv

Die Woche ist prall gefüllt: Erst der Kongress „Zusammenhalt durch Teilhabe“ in Weimar, dann eine Veranstaltung in Torgelow. Und dann ist da noch der Computer, den er am Sonntag für einen Bekannten reparieren wird. „Aber dabei entspanne ich mich“, sagt der 63-Jährige unbekümmert. Es fällt schwer, in Klaus Heidrich den Langzeitarbeitslosen zu sehen, von dem er selbst spricht. Eher erscheint der Mann als vollbeschäftigter Manager in Sachen Soziales – immer in Aktion, immer auf der Suche nach neuen Kontakten und Ideen, mit denen er Menschen helfen und das Gemeinwesen in Neu Schloen und Umgebung weiterentwickeln kann. Dass er seit bald sieben Jahren Arbeitslosengeld II bezieht, legt er für sich daher so aus: „Ich werde vom Staat bezahlt, dafür möchte ich etwas zurückgeben.“

Als Vorsitzender des Vereins Humanitas Müritzt e. V. zeigt er stolz das renovierte alte Gutshaus, das in der Mitte des 850-Seelen-Ortes liegt, unweit der Stadt Waren an der Mecklenburgischen Seenplatte. Jede/r Neunte hier ist arbeitslos, viele haben nur eine kleine Rente. Was er und andere angesichts dessen aufgebaut haben, ist beachtlich – eine Mischung aus Selbsthilfegruppe, Bildungseinrichtung und Dorfentwick-

lungsagentur. Es stehen nicht nur gemeinsames Frühstück, Skatrunden und Bildungsfahrten für Rentner, Menschen mit Behinderung und Erwerbslose auf dem Programm. Zudem gibt es die regelmäßigen Zusammenkünfte, bei denen ältere, oft entmutigte Langzeitarbeitslose sich gemeinsam neues Wissen aneignen und hilfreiche Informationen suchen. Weil das via Internet geschieht, nennt man es Computerkurse.

### Gegenmodell zur Jobcenter-Bürokratie

Ehrenamtlich getragen, bietet sich hier ein Gegenmodell zur Jobcenter-Bürokratie und ihren Maßnahmen. Ein Schutzraum für Männer und Frauen, die am Arbeitsmarkt aussortiert wurden – und zugleich eine Möglichkeit, wieder unter Menschen zu kommen und an die eigenen Stärken anzuknüpfen. Um Disziplin und Selbstvertrauen wiederzugewinnen. Um etwas anzupacken. Oberstes Prinzip dabei ist die Freiwilligkeit. Klaus Heidrich: „Niemandem wird etwas übergestülpt. Jeder kann kommen und die Gemeinschaft nutzen, wie er

mag.“ Man kann kleine Aufgaben übernehmen, einen Vortrag halten oder neuen Kaffee mitbringen. Oder auch nur stumm dasitzen, wie das zunächst die Grundschullehrerin tat, nachdem sie nach einer Mobbing-Erfahrung ihre Arbeit aufgeben musste. Über viele Monate depressiv, wagte sie sich zu den Treffen, taute langsam auf, hielt schließlich ein Referat. Und ein halbes Jahr später hinterlässt sie einen Zettel, den Klaus Heidrich auf den Tisch legt. Darauf die Mitteilung, sie habe eine Vertretungsstelle an einer Schule gefunden – „auch dank des hier gewonnenen Wissens“.

### Die Sprache wiedergefunden

Dass die Betroffenen Raum brauchen zur freien Entfaltung, ohne dass sie jemand unter Druck setzt – davon ist Klaus Heidrich zutiefst überzeugt. Der beste Beweis für ihn: der Mann, der nach einem Schlaganfall die Sprache verliert. Nichts hilft, keine Reha, keine logopädischen Übungen. Verzweifelt wendet sich die Ehefrau an den Sozialtreff, man lädt

ihren Mann zu den Skatrunden ein. Und plötzlich fängt er beim Reizen an zu sprechen. „18, 20“. Klaus Heidrich kommen die Tränen, wenn er das erzählt.

Was ihn antreibt, Menschen so zu unterstützen, ergibt sich aus den Höhen und Tiefen seines eigenen Lebenswegs. Gelernter Elektromonteur, wurde er Leiter eines Betriebsteils des Kohlehandels und studierte noch zu DDR-Zeiten das, was man im Westen Betriebswirtschaft nannte. Zum Mauerfall arbeitete er gerade im Kernkraftwerk Lubmin. Kurz darauf das erste Mal arbeitslos, entschloss er sich mit seiner Frau, in Waren an der Müritz einen Fotoladen aufzumachen. „Ein erfolgreiches Geschäft, zwischendurch waren wir sogar Umsatzmillionäre“, erzählt er. Doch Ende der 1990er Jahre ging das Foto-Unternehmen Porst pleite, und auch die Heidrichs mussten Insolvenz anmelden. Es folgten einige Jahre, in denen er in Berlin erst als Berater für Existenzgründer arbeitete und später als Bauleiter für Baustrom im Jakob-Kaiser-Haus, einem der Gebäude des Deutschen Bundestages.

Einige Monate, nachdem dieser Job endete, erkannte er sich nicht wieder. Zunächst voller Tatendrang, wollte er sich zum Grafik-Designer fortbilden. Das Jobcenter winkte ab, er habe genug Qualifikationen. Arbeit gab es trotzdem nicht, nach zehn Bewerbungen ebenso wenig wie nach hundert. Überqualifiziert, hieß es oft. Wie seine Frau wurde er depressiv. Er richtete sich vor dem Fernseher ein und ging monatelang nicht mehr aus dem Haus.

#### Arbeitslosigkeit macht krank

„Was Arbeitslosigkeit mit einem anstellt, das ist schwer zu erklären“, sagt Klaus Heidrich. „Arbeitslosigkeit macht krank.“ Die Entwertung, die Scham, der Rückzug: All das, glaubt er, können nur Betroffene verstehen. Deshalb sei es so wichtig, dass sich hier im Gutshaus Langzeitarbeitslose treffen und gegenseitig ermutigen können – auf Augenhöhe.

Auch hat Klaus Heidrich erfahren, wie es ist, wenn Unkundige einem etwas vorschreiben wollen. Zuerst beim Bewerbungstraining, das er auf Geheiß des Jobcenters absolvierte. Vor ihm und anderen älteren Erwerbslosen steht eine

nette junge Praktikantin, Studentin der politischen Wissenschaft, und doziert, was Arbeitslosigkeit bedeutet und wie man sie überwindet. „Wissen Sie, wie diskriminierend sich das anfühlt? Wir hatten alle sooo einen Hals!“ Nicht weniger frustrierend seine Erfahrung mit Ein-Euro-Jobs. Zwei Jahre hat er damit verbracht. Nicht, dass das immer schlecht gewesen wäre: Er hat es für sich nutzen können, viel recherchiert und ein kleines Tourismusbüro im Dorf geführt. Nur: Es hat ihn nie jemand begleitet. Er fühlte sich irgendwo hingesteckt und allein gelassen. Das hört er auch von anderen: „Wenn man so etwas übergestülpt bekommt, dann ist das sehr demotivierend“, sagt er. „Und wenn dann nach sechs Monaten immer noch keine Arbeit da und die Struktur wieder weg ist, dann fallen die Leute erst recht ins Loch.“

#### „Gesellschaftlicher akzeptierter Betrug“

Dass die Dinge so laufen, empfindet Klaus Heidrich inzwischen als gesellschaftlich akzeptierten Betrug. Wie kann es sein, dass Jobcenter Arbeitsgelegenheiten als Erfolg darstellen, wenn sie für den Betroffenen ein Desaster sind? Jedenfalls hat er daraus seine Schlüsse gezogen, gleichermaßen persönliche wie politische. Beim Jobcenter setzte er durch, dass in seine Akte geschrieben wird: „gesellschaftlich aktiv“. Nun wird er in Ruhe gelassen, sagt er. Seine Chancen auf Erwerbsarbeit sind ohnehin weiter gesunken, seit er durch zwei Hüftoperationen schwerbehindert ist. Was er mit diesem Eintrag erreicht hat, soll aber auch für andere möglich sein. Ganz egal, wie gut oder schlecht Arbeitsgelegenheits-Maßnahmen im Einzelfall passen oder umgesetzt werden: Klaus Heidrich will, dass die Jobcenter ihren Klienten wählen lassen – zwischen einem Ein-Euro-Job oder der Möglichkeit, sich in einem Verein wie Humanitas Müritz e.V. gesellschaftlich zu betätigen. Dass man bislang mit Leistungskürzung sanktioniert werden kann, wenn man über 15 Stunden in der Woche einem Ehrenamt nachgeht, hält er für absurd. (Siehe auch Bericht auf S. 18) Außerdem möchte Heidrich den Langzeitarbeitslosen eine öffentliche Stimme verschaffen. Wie notwendig das ist, wur-

de ihm bewusst, als er eine Tagung des Paritätischen in Berlin besuchte. Titel: „Erwerbslose Menschen und freiwilliges Engagement“. Die Teilnehmer: Professionelle von vielen Trägern – und er als einziger mit der Erfahrung eines Langzeitarbeitslosen. Seither fordert er: „Wir brauchen auch Fachkongresse, auf denen ausschließlich Langzeitarbeitslose von ihren Vorstellungen sprechen, wie man sie sinnvoll unterstützen kann.“ Nur über ein solches Forum ließe sich eine mediale Präsenz erreichen, nur so könne man gemeinsam politische Forderungen entwickeln und dem Gefühl entgegenwirken, dass Arbeitslosigkeit ein individuelles Schicksal sei.

Klaus Heidrich verstummt für einen Moment. Dann sagt er ruhig, aber ernst: „Ich habe nichts mehr zu verlieren, deshalb werde ich da dranbleiben, bis sich etwas tut.“ Er hat die Menschen vor Augen, denen es noch schlechter geht als ihm. Ihnen will er helfen.

Einen Etappensieg kann er bereits verbuchen: Die Aktivitäten von Humanitas Müritz e.V. haben Modellcharakter. Zumindest klopfte schon der Bürgermeister einer Nachbargemeinde an. Ein ähnliches Bürgerhaus gibt es dort schon. Doch wie man es betreibt, ohne viel auszugeben, das wissen sie noch nicht. Klaus Heidrich und seine Mitstreiter sollen weiterhelfen.

Ein schlagkräftiges Argument hat er auf seiner Seite: den demografischen Wandel. Eine aktive Dorfgemeinschaft ist ein Standortvorteil. „Die Leute merken, Neu Schloen ist ein Ort, der lebt“, sagt Heidrich, „deshalb gibt es bei uns Zuzug.“ Aber erst einmal muss Klaus Heidrich das eigene Projekt retten. Das viele Lob sorgt nicht von allein dafür, dass die 6.000 Euro zusammenkommen, die es für Miete und Unterhalt des Gutshauses braucht. Das nötige Geld zu beschaffen, ist nicht leicht. Er nimmt es gelassen und spricht das Mantra aus, das ihn antreibt, immer und immer wieder: „Auch das schaffen wir noch.“

Bernd Schüler

Humanitas Müritz e.V.  
 Hofkomplex 6  
 17192 Neu Schloen  
 Tel.: 039934/149835  
 E-Mail: humanitas-mueritz@gmx.de

# Wege aus dem sozialen Abseits

Der Paritätische Gesamtverband fordert in einem Positionspapier gleichberechtigte Teilhabe- und Zugangsmöglichkeiten erwerbsloser Menschen zum Ehrenamt

**E**rwerbslose Menschen, besonders von Langzeitarbeitslosigkeit Betroffene, geraten im Zuge der massiven Einschnitte im Bereich der Arbeitsmarktförderung mehr denn je ins soziale Abseits. Ausgrenzung und die Verhinderung gesellschaftlicher Teilhabe sind für diese Menschen Alltag, heißt es in dem Papier, aus dem wir hier auszugsweise zitieren.

Erwerbslose suchen trotz allem nach Zugängen zu sinnvoller Alltagsgestaltung, Einbindung in soziale Netzwerke und gesellschaftlicher Anerkennung. Dies wird beispielsweise an dem Engagement erwerbsloser Menschen im Bundesfreiwilligendienst (BFD) sichtbar. Erwerbslose Menschen sind nach einschlägigen Untersuchungen im Ehrenamt dennoch deutlich unterrepräsentiert. Je länger Bürger und Bürgerinnen in Armut und Arbeitslosigkeit leben, umso seltener engagieren sie sich ehrenamtlich.

## Hohe Motivation

Nach aller Erfahrung verfügen viele Erwerbslose über eine starke Motivation, vielfältige Interessen und über wertvolle Kompetenzen, sich in sozialen Diensten und Einrichtungen sinnstiftend zu betätigen. Erwerbslose können von ehrenamtlichem Engagement besonders profitieren, etwa indem sie eine Stärkung ihres Selbstwertgefühls, gesellschaftliche Teilhabe, Sinnstiftung und die Stärkung ihrer sozialen Netzwerke sowie eine Steigerung ihrer Kompetenzen erfahren. Durch das ehrenamtliche Engagement entstehen Erfahrungen und Kompetenzen für Erwerbslose, die sie auch zur Chancenverbesserung am Arbeitsmarkt nutzen können. Aus Sicht des Paritätischen muss daher das Ziel eine gleichberechtigte Teilha-

be- und Zugangsmöglichkeit erwerbsloser Menschen zum Ehrenamt sein. Notwendig ist vor allem eine vorurteilsfreie Sicht auf die Zielgruppe erwerbsloser Menschen. Denn es ist keinesfalls so, dass Erwerbslose insgesamt weniger geeignet für das Ehrenamt wären. Beim praktischen Einsatz der Ehrenamtlichen zeigt sich, dass ein erhöhter Betreuungsbedarf meist erst dann entsteht, wenn die Ehrenamtlichen fachfremd eingesetzt werden. Hierbei ist aber nicht ausschlaggebend, ob es sich um erwerbslose oder erwerbstätige Ehrenamtliche handelt. Es gibt spezifische Hemmnisse im Zugang zum Ehrenamt für erwerbslose Menschen, die abgebaut werden müssen. So müssen materielle Hürden (zum Beispiel Fahrtkosten zum Einsatzort) aber vor allem auch Grenzen, die durch einen fehlenden Zugang zu öffentlichen Informationen (zum Beispiel im Internet) oder durch soziale Ausgrenzung entstanden sind, überwunden werden.

## Persönliche Ansprache wichtig

Erwerbslose Personen sollten für eine Aufnahme freiwilligen Engagements gezielt und persönlich angesprochen werden. Ein praktischer Ansatz zum Abbau von materiellen Hemmnissen kann auch sein, dass die Kommunen etwa Vereinbarungen mit den öffentlichen Verkehrsunternehmen zur kostenlosen Ausgabe von Fahrscheinen abschließen bzw. eine vergünstigte Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in vorhandene Konzepte der Anerkennung von Ehrenamtlichen (z.B. den Ehrenamtpass) integrieren. Die Kommunen sollten Freiwilligenagenturen und ähnliche Strukturen zur gezielten Ansprache und Beratung von Ehrenamtlichen fördern.

Ehrenamt für erwerbslose Menschen ersetzt nicht fehlende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Der Paritätische setzt sich dafür ein, dass jeder Mensch die Chance zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit und Partizipation am Arbeitsmarkt erhält. Freiwilliges Engagement erwerbsloser Menschen darf nicht zur Umgehung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und Mindestlohn ausgenutzt werden.

## Ehrenamt ist keine Erwerbsarbeit

Der Anreiz des Zuverdienstes für Erwerbslose über ehrenamtliche Tätigkeit ist nicht von der Hand zu weisen. Dies führt jedoch häufig zur Verwischung der Grenzen zwischen reiner Aufwandsentschädigung, geringfügiger Beschäftigung und stundenbezogener Entlohnung. Die aktuellen gesetzlichen Regelungen zu Übungsleiterpauschale, Ehrenamtpauschale, die Kombinierbarkeit mit einem Minijob sowie Regelungen im Sozialgesetzbuch XI (Soziale Pflegeversicherung) begünstigen diesen Zustand. Die Einführung des Mindestlohnes wird im schlechtesten Fall Motor sein, diese Regelungen insbesondere aus Einrichtungsperspektive verstärkt zu nutzen. Der Paritätische fordert, tatsächliche Aufwandsentschädigungen zu zahlen. Ehrenamt ist keine Erwerbsarbeit und darf diese auch nicht ersetzen. Der Anreiz des Zuverdienstes und begünstigende gesetzliche Regelungen dürfen deshalb nicht zur Umgehung sozialversicherungspflichtiger und im Rahmen des Mindestlohnes entlohnter Erwerbstätigkeit oder Schaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse führen.

**Das komplette Papier können Interessierte anfordern per E-Mail an [bfd@paritaet.org](mailto:bfd@paritaet.org).**

## DER KOMMENTAR

# Ein Irrweg der Sozialpolitik

## Zehn Jahre Hartz IV: kein Grund zum Feiern

Die Forderung nach einer grundlegenden Reform der Arbeitslosenunterstützung ist so alt wie die 1927 beschlossene Arbeitslosenversicherung. Unterstützungsleistungen zu streichen und den Menschen „nur durch produktive Erwerbslosenfürsorge, also durch Arbeit zu helfen“, forderte schon Gustav Hartz in seinem 1928 erschienen Werk „Irrwege der deutschen Sozialpolitik“. 77 Jahre später trat mit dem nach seinem Namensvetter Peter Hartz benannten Gesetzespaket „Hartz IV“ die weitreichendste Sozialreform in der deutschen Geschichte in Kraft. Das seitdem vergangene Jahrzehnt hat gezeigt, dass damit selbst ein Irrweg beschritten wurde. Mit Hartz IV und der Verkürzung der Bezugszeiten des Arbeitslosengeldes wurde die soziale Fallhöhe bei Erwerbslosigkeit drastisch erhöht. Nicht einmal jeder dritte Arbeitslose bekommt heute noch Arbeitslosengeld, während jeder fünfte Arbeitslose übergangslos auf Arbeitslosengeld-II-Leistungen angewiesen ist.

### Abstiegsängste gefördert

Hartz IV hat das Bild des Sozialstaates in Deutschland verändert. Statt eine aktive und befähigende Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, wurden Abstiegsängste gefördert. Benachteiligte Personengruppen wurden weiter abgehängt, Eingliederungshilfen reduziert und soziale Infrastruktur zerstört. Zuletzt wuchsen nur noch die Verwaltungsausgaben kontinuierlich, nicht mehr die Leistungen. Leidtragende sind die auf Hilfen angewiesenen Menschen: Von etwa 1,13 Millionen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten mit Schuldenproblemen erhielten im Jahr 2012 gerade einmal 32.500 eine Beratung, von etwa 450.000 Leistungsberechtigten mit Suchtproblemen gerade einmal

9.000. Etwa 900.000 Betroffene hatten psychosoziale Probleme, von ihnen kamen nur 20.000 in Betreuung. Die Liste ließe sich – leider – fortsetzen. Das zeigt: Die Arbeitsmarktpolitik muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Gute Arbeit, Befähigung und Weiterbildung – nicht nur bei Arbeitslosigkeit – müssen wieder Vorrang erhalten. Neben den Arbeitslosen sind auch ihre Angehörigen und Kinder Leidtragende der Reform. Gerade Kinder leiden unter dem System der Pauschalen, weshalb das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber schon 2010 erhebliche Nachbesserungen aufgab. Das in der Folge eingeführte Bildungs- und Teilhabepaket hat dabei nur wenig geändert, dafür aber zu zum Teil bizarren bürokratischen Auswüchsen geführt. Die Regelsätze selbst bleiben ohnehin verbesserungsbedürftig. Sie waren als vorübergehende Leistungen schon zu knapp konzipiert. Als Dauerleistung sind sie erst recht zu niedrig bemessen. Das sah auch die der Reform Pate stehende Hartz-Kommission so, die schon vor über zehn Jahren monatliche Leistungen von 511 Euro – der Durchschnitt der damaligen Arbeitslosenhilfe – gefordert hatte. Die heutigen Leistungen sieht das Bundesverfassungsgericht trotz Nachbesserungen der Politik weiter kritisch. Schon zum zweiten Mal hat das höchste deutsche Gericht im Juli 2014 dem Gesetzgeber Unterlassungen bescheinigt und Nachbesserungen aufgegeben. An einer weiteren Erhöhung der Regelsätze darf deshalb kein Weg vorbeiführen.

### Kritik an Fehlentwicklungen

Der Paritätische hat die Fehlentwicklungen frühzeitig prognostiziert und konsequent kritisiert. Er hat sich aber nicht nur darauf beschränkt, Kritik zu üben, sondern auch unbürokratische Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt, um

die Probleme im Sinne der Betroffenen zu lindern und zu beseitigen. Sie reichen von dem Konzept „Kinder verdienen mehr“, das durch einen Rechtsanspruch auf Teilhabe die soziale Infrastruktur vor Ort stärken will, über seine Vorschläge zur Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit bis zu dem Vorschlägen zur Bekämpfung von Altersarmut durch Leistungen aus einer Hand. Sie umzusetzen, kostet Geld. Teurer aber wäre es, sie nicht umzusetzen.

### Soziale Verwundbarkeit

Es fehlt heute nicht mehr an Erkenntnissen, was notwendig wäre, sondern an der Umsetzung der Erkenntnisse. Dabei ist der Handlungsbedarf offensichtlich. Es stimmt zwar: Noch nie hat es so viele Erwerbstätige gegeben. Zur Wahrheit gehört aber auch: Noch nie gab es so viele prekäre Tätigkeiten und Teilzeitbeschäftigungen. Die soziale Verwundbarkeit ist in den vergangenen Jahren in nahezu allen Lebenslagen spürbar gewachsen. Die Hartz-Reformen markieren einen Irrweg. Es ist höchste Zeit umzukehren.

Dr. Joachim Rock ist Leiter der Abteilung Arbeit, Soziales und Europa beim Paritätischen Gesamtverband.



# Kinder verdienen mehr, als das Bildungs- und Teilhabepaket ermöglicht

## Paritätischer fordert, Rechtsanspruch auf Leistungen im Kinder und Jugendhilfegesetz zu verankern

Nachdem das Bundesverfassungsgericht 2010 bemängelt hatte, dass die Bildungsbedarfe von Kindern im Hartz-IV-Bezug in Deutschland unzureichend berücksichtigt würden, führte die Bundesregierung 2011 das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) ein. Daraus werden unter anderem folgende Leistungen finanziert:

- 100 Euro pro Schuljahr für die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit persönlichem Schulbedarf
- Geld für Tagesausflüge und mehrtägige Klassenfahrten
- Kostenübernahme für Lernförderung bei Schülerinnen und Schülern, bei denen das Erreichen der wesentlichen Lernziele gefährdet ist
- Zuschüsse zu den Kosten einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten und Schulen
- Zehn Euro monatlich pro Kind für Mitgliedsbeiträge in Sport- und Kulturvereinen oder Unterricht in künstlerischen Fächern wie Musikunterricht sowie für die Teilnahme an Freizeiten
- Übernahme der Kosten der Schülerbeförderung unter bestimmten Voraussetzungen

Begleitend dazu wurden – begrenzt bis Ende 2014 – Gelder für Projekte der Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt. (Siehe auch Bericht auf Seite 21) Anspruch auf die Leistungen haben rund 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche im Bezug von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII, Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld und Kinderzuschlag.

### Hoher bürokratischer Aufwand

Rechtlich verortet ist das Bildungs- und Teilhabepaket im Sozialgesetzbuch II. Damit fallen die Leistungen in die Zuständigkeit der Jobcenter, zum Teil aber auch der Sozialämter. „In der Regel ist die Umsetzung des BuT mit erheblichem bürokratischen Aufwand verbunden, weil jede Leistung einzeln beantragt werden muss“, sagt Mara Dehmer, die als Referentin für Kommunale Sozialpolitik beim Paritätischen Gesamtverband für das Thema Bildungs- und Teilhabepaket zuständig ist. Auch wenn sich kommunale Verwaltungen vielerorts um Verfahrensvereinfachungen bemüht hätten, blieben Antragstellung, Dokumentation und Abrechnung für Berechtigte, Behörden, soziale Träger und Vereine aufwändig. „Keine andere soziale Leistung ist mit derartigem Verwaltungsaufwand verbunden, der sich in hohen Hürden für die Betroffenen ausdrückt.“ Relativ einfach funktioniere es bei der Barauszahlung der Gelder für Klassenfahrten an die Berechtigten, so Mara Dehmer. Deutlich komplizierter sei es dagegen beim Schulesen, bei dem für jedes Kind einzeln auch die tatsächliche Anwesenheit pro Tag erfasst werden müsse und die Eltern zudem einen Eigenanteil von einem Euro zu zahlen haben. Auch das Einlösen von Gutscheinen sei mit viel Aufwand verbunden. Die Folge: Die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets werden bei Weitem nicht von allen Berechtigten eingelöst.

### Genauere Zahlen sind nicht bekannt

„Wie hoch die Inanspruchnahme genau ist, ist unklar“, sagt Mara Dehmer, weil das Bundesministerium für Ar-

beit und Soziales mit Hinweis auf die kommunalen Zuständigkeiten keine Zahlen veröffentliche. Der Landkreis Grafschaft Bentheim (Niedersachsen) meldete beispielsweise, dass mit Stand von November 2014 insgesamt 3.816 von 3.968 anspruchsberechtigten Kindern mindestens eine Leistung in Anspruch genommen hätten – somit hätten 96 Prozent der Kinder erreicht werden können. Hamburg gab nach eigenen Angaben bereits 2013 hundert Prozent des Geldes aus, das es vom Bund erhielt, und führt die hohe Inanspruchnahme auf seine unbürokratische Umsetzung zurück. Völlig anders im Kreis Offenbach (Hessen): Dort wurden Medienberichten zufolge bis zum Oktober 2014 für 3.816 Kinder Leistungen aus dem Paket beantragt. Das entspreche einer Quote von 54,4 Prozent.

### Ansprüche laufen oft ins Leere

Ein weiteres Manko ist, dass durch das Bildungs- und Teilhabepaket keine Infrastruktur geschaffen wird. „Ansprüche auf Leistungen aus dem BuT laufen vor Ort vielfach ins Leere: Denn finanzielle Zuschüsse für das warme Mittagessen oder die Vereinsmitgliedschaft können nur beantragt werden, wenn es vor Ort entsprechende Angebote gibt, sagt Mara Dehmer. Und das ist bei Weitem nicht überall der Fall. Der Paritätische Gesamtverband hält das BuT daher generell für den falschen Weg, materiell benachteiligten Kindern effektiv Bildungs- und Teilhabeleistungen zukommen zu lassen. Er fordert, einen Rechtsanspruch auf Bildung und Teilhabe im Sozialgesetzbuch VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) zu verankern und hat dazu unter dem Titel „Kinder verdienen mehr“

bereits 2013 ein eigenes Umsetzungs-konzept vorgelegt.

Mit der Verortung der kindbezogenen Bildungs- und Teilhabeförderung in der Grundsicherung und Sozialhilfe habe der Gesetzgeber einen grundsätzlich falschen Weg eingeschlagen, kritisiert der Verband. „Junge Menschen sind keine kleinen Arbeitsuchenden – ihre außerfamiliäre Förderung ist Aufgabe und Ziel der Schule und der Kinder- und Jugendhilfe.“ Kindern und Jugendlichen aus einkommensarmen Familien müssten Bildungs- und Teilhabeangebote unbürokratisch und kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Zudem fordert der Verband eine deutliche Erhöhung der Regelsätze für Kinder und die Wiedereinführung von Einmalleistungen wie Zuschüssen zur Konfirmation, dem Kinderfahrrad oder dem Taschenrechner für die Schule.

#### Mehr als 1,6 Millionen Kinder in Familien im Hartz-IV-Bezug

Laut der jüngsten Statistik der Bundesagentur für Arbeit lebten im Juli 2014 mehr als 1,64 Millionen Kinder unter 15 Jahren in einer Familie, die auf



Sport macht Spaß und verbindet. Zuschüsse für den Vereinsbeitrag nützen aber nichts, wenn vor Ort entsprechende Angebote fehlen. Foto: Fotolia|M-presmaster

Hartz IV angewiesen ist. Das waren 15,5 Prozent der Kinder dieser Altersgruppe. Wobei die Quoten in Berlin, Bremen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zum Teil sogar deutlich über 20 Prozent liegen.

Das Konzept zur Sicherung des Existenzminimums und der Teilhabe junger Menschen mit dem Titel „Kinder verdienen mehr“ finden Interessierte auf der Internetseite [www.kinder-verdienen-mehr.de](http://www.kinder-verdienen-mehr.de).

## Schulsozialarbeit: Gute Projekte enden

Mit der Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets hat der Bund auch für drei Jahre insgesamt 400 Millionen Euro zur Finanzierung von Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt. Diese Förderung ist Ende 2014 ausgelaufen. Das bedeutet das Aus für viele gute Projekte, die im Zuge der BuT-Förderung etabliert wurden, weil deren weitere Finanzierung nicht gesichert ist.

**D**er Paritätische Gesamtverband hat Bund, Länder und Kommunen aufgefordert, in gemeinsamer Verantwortung Wege zur Fortsetzung dieser Projekte zu erarbeiten, wie es in Nordrhein-Westfalen bereits in einigen Kommunen praktiziert wird. Hochrechnungen zufolge wurden mit den BuT-Mitteln bundesweit rund 3.000 Stellen geschaffen, viele davon bei Mitgliedsorganisationen des Paritätischen. Dieser gehört im Bereich der von freien Trägern verantwor-

teten Schulsozialarbeit bundesweit gesehen zu den großen Anbietern.

#### Beitrag zum Ausbau der Infrastruktur im Sozialraum

Fachreferent Dr. Thomas Pudelko vom Paritätischen Gesamtverband. „Die Förderung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets war eines der wenigen guten Elemente des BuT, weil sie zum Ausbau der Infrastruktur im Sozialraum beigetragen hat, die allen jungen Menschen zugute

kommt und somit der weit verbreiteten Bildungsbenachteiligung entgegenwirkt.“ Ob es auch nach dem Auslaufen der Bundesförderung möglich ist, dass die Länder beziehungsweise Kommunen BuT-Mittel, die nicht für die individuelle Förderung abgerufen werden, für Schulsozialarbeit ausgeben, ist derzeit Pudelko zufolge noch unklar. „Die Länder haben da unterschiedliche Auffassungen. Und die Bundesregierung hat keine Vorgaben zur Verwendung der Restmittel gemacht.“

# „Meine Lehrerin war wie ein Spiegel für mich“

2002 von Migranten aus der ehemaligen UdSSR und Einheimischen gegründet, betreibt der Verein PHOENIX e.V. ein Kompetenzzentrum für die berufliche Integration von Zuwanderern in Köln. Sein jüngstes Projekt heißt „ZUPER – „Zuwanderer mit Perspektive“. Die Iranerin Masoomeh Jamnejad tauschte hier Resignation gegen Optimismus.

**M**asoomeh Jamnejad strahlt. „Ich hatte mich selbst schon verloren, der Kurs bei ZUPER hat mir geholfen, mich wiederzufinden!“ Vor zwei Jahren ist die 38-jährige Iranerin nach Deutschland gekommen. Nein, sie ist nicht alleine: Sie ist mit Mann und Tochter hierher geflohen. Und sie dürfen bleiben. Doch die anfängliche Freude darüber, in Sicherheit zu sein, wird schon bald getrübt: „Ich musste sehr schnell feststellen, dass wir hier in Deutschland wieder bei Null anfangen“, sagt die Englischlehrerin. Ihre iranische Berufsqualifikation wird hier nicht anerkannt. Die Suche nach einer Arbeit bringt ein Frustrations-Erlebnis nach dem anderen. „Ich habe nur noch Probleme gesehen“, erinnert sich Masoomeh Jamnejad. „Mein Selbstbewusstsein war völlig zerstört.“ Bis sie bei ZUPER Fauzia Sadat-Hekmat kennenlernte. „Sie war als Lehrerin wie ein Spiegel für mich, eine Mutmacherin.“ Die promovierte Biologin aus Afghanistan stand gewissermaßen auch vor dem Nichts, als sie vor Jahren in Deutschland ankam. Jetzt ist sie Dozentin bei PHOENIX e.V. und hilft anderen Migrantinnen und Migranten, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Und sie hilft der Iranerin binnen weniger Wochen, wieder an ihre Stärken zu glauben. Nicht zuletzt, weil sie selbst ein Beispiel dafür gibt, dass sich eine schwierige Lage zum Positiven wenden lässt. Und so besteht die 38-jährige Masoomeh ohne größere Schwierigkeiten ihre Prüfung für den deutschen Führerschein und schreibt hoffnungsvoll und hochmotiviert Bewerbungen,

macht ein Praktikum in einem Friseursalon und peilt jetzt erstmal einen Job als Kassiererin an. „Ich habe Freude am Umgang mit Menschen, an Kommunikation, das möchte ich bei der Arbeit leben können.“ Und ZUPER-Mitarbeiter Ralf Berger vermittelt ihr die Zuversicht, dass sich bestimmt noch ein Weg finden wird, wieder als Lehrerin arbeiten zu können: wenn nicht im öffentlichen Schuldienst, dann gewiss bei einem freien Träger.

## Jeder soll einen Schritt nach vorne machen können

Auch Despina Mouratidou hat in seinen Augen gute Berufschancen: Die 31-Jährige aus Griechenland hat in ihrer Heimat eine Ausbildung als Medizinische Gerätetechnikerin gemacht. Pech ist nur, dass der Abschluss in Deutschland nicht anerkannt ist. Nun nutzt sie die Zeit bei ZUPER, um ihre Deutschkenntnisse zu verbessern, herauszufinden, welche Weiterbildungsmöglichkeiten es gibt, und sich um einen Praktikumsplatz in einem Krankenhaus oder einer Arztpraxis zu bewerben. „Wir versuchen, dass hier jeder einen Schritt nach vorne machen kann, egal, wo er oder sie steht“, sagt Bergers Kollegin Olga Hartfil. Auch sie ist eine Mutmacherin. Aus Sibirien ist sie vor 18 Jahren nach Deutschland gekommen. Seit zehn Jahren arbeitet sie nun bei PHOENIX – als Lehrerin, Projektleiterin von ZUPER und Integrationsbegleiterin. Aus ihrer vorherigen Tätigkeit im PHOENIX-Projekt „Zuwanderer am Markt“ und aufgrund der Beteiligung von PHOENIX an einer Jobbörse hat Olga Hartfil viele Kontakte

zu Arbeitgebern. Das kommt den ZUPER-Teilnehmerinnen und -Teilnehmern jetzt zugute, wenn es darum geht, Praktikumsplätze oder gar einen Arbeitsplatz zu finden.

Die Praktika sind ein wichtiger Baustein des ZUPER-Konzepts. Viele der Teilnehmenden haben zwar in ihren Heimatländern berufliche Qualifikationen erworben, können sie jedoch häufig nicht nachweisen, weil sie ohne Papiere geflohen sind und diese sich nachträglich meist nur schwer beschaffen lassen. Andere Qualifikationen werden hierzulande nicht anerkannt. Die Folge: Bisher gab es keine Chance auf eine Erwerbstätigkeit. Ein Praktikum ist da für manche überhaupt der erste Schritt auf den Arbeitsmarkt. Und für nicht wenige eine große Chance. „Wer hier einen guten Eindruck hinterlässt und anschließend ein entsprechend gutes Zeugnis vorzeigen kann, hat deutlich bessere Perspektiven als zuvor“, weiß Olga Hartfil. „Manchmal fragen Arbeitgeber sogar ganz gezielt bei uns nach, ob wir nicht jemanden für eine bestimmte Tätigkeit empfehlen können.“

Acht Wochen dauert die vom Jobcenter finanzierte Zeit bei ZUPER. Am Anfang steht das Zielplanungsgespräch, in dem geschaut wird, wie die Lebensumstände sind, was die Menschen in ihrer Heimat gemacht haben, und welche Möglichkeiten ihnen hier beruflich offen stehen könnten. „Wir versuchen, gemeinsam einen realistischen Weg zu finden“, sagt Olga Hartfil.

Bei manchen sind erstmal wichtige existenzielle Fragen zu klären, etwa dass die Miete gezahlt und die Kinder



Sich selbst wieder realistisch mit ihren Stärken zu sehen – das brachte Masoomeh Jamnejad (rechts) die Teilnahme am Projekt „ZUPER“ von PHOENIX e.V. in Köln. Den Spiegel halten Olga Hartfil und Ralf Berger. Links im Bild eine weitere Projektteilnehmerin, die aus Griechenland stammende Despina Mouratidou. Foto: Ulrike Bauer

ernährt werden können, bei anderen geht es um Hilfe beim Gestalten der Bewerbungsunterlagen oder Unterstützung, um die fehlende Anerkennung des Berufsabschlusses zu erhalten. Alle haben dann zwei Monate lang die Möglichkeit, in Gruppenarbeit die wichtigsten Fakten über das deutsche Gesellschaftssystem und den Arbeitsmarkt zu erfahren, berufsbezogene Sprachkenntnisse und ihre Selbstdarstellung in Bewerbungsverfahren zu verbessern.

„Die schwierige Lebenssituation vieler Teilnehmer führt auch dazu, dass nicht selten Widersprüche zwischen Erstrebenswertem und Machbarem ausgetragen werden müssen. Dann ist die Zeit hier auch eine wichtige Clearingphase“, erzählt Olga Hartfil. „Es gibt auch Leute, die total unmotiviert sind. Wenn die bei einem Praktikum einen schlechten Eindruck hinterlassen, können sie uns alles vermasseln. Dann haben wir es schwer, in der Firma nochmal jemanden unterzubringen.“ Doch das sind seltene Ausnahmen. Und so übertrifft das PHOENIX-Kompetenzzentrum auch die mit dem

Jobcenter vereinbarte Vermittlungsquote in sozialversicherungspflichtige Arbeit: Sie muss zehn Prozent betragen, liegt aber um fünf Prozent höher. Und 65 Prozent der Teilnehmenden werden in Praktika vermittelt.

#### Knapp kalkuliert

Die Praktika schließen an die Präsenzzeit im PHOENIX-Kompetenzzentrum an. Danach haben die Teilnehmenden dann noch drei Monate lang die Möglichkeit, sich beispielsweise mit berufsbezogenen Fragen an das ZUPER-Team zu wenden.

„Es gibt wenige Möglichkeiten für arbeitslose Migrantinnen, gefördert zu werden“, sagt Ralf Berger, der selbst einst Hüttenfachtarbeiter war, dann Geographie und Ethnologie studierte und in der Erwachsenenbildung bei PHOENIX sein berufliches Zuhause gefunden hat. Wie bei vielen anderen Maßnahmen sei auch bei ZUPER die Laufzeit mit acht Wochen angesichts der angestrebten Ziele sehr kurz. „Drei Monate wären uns lieber“, so Berger. „Manche Teilnehmer sind schon zwei Jahre in Deutschland, andere erst

zwei Monate. Und auch die kulturellen Hintergründe, das Bildungs- und Sprachniveau sind sehr unterschiedlich.“ Doch das multikulturelle PHOENIX-Team mit Integrationsbegleitern und Dozenten, die aus Russland, Afghanistan, Bulgarien, Marokko und Deutschland stammen, versucht, aus der knapp bemessenen Zeit das Beste herauszuholen. „Die große Heterogenität ist eine Herausforderung, aber auch sehr schön“, betont Berger. Die Frauen und Männer in den zwei parallel laufenden Gruppen mit je 18 Teilnehmern kommen aus fast 20 Ländern: Iran, Irak, Türkei, Griechenland, Ukraine, Russland, Nigeria – „überall her, wo Krisen sind“. Ihnen allen gemeinsam sei die Situation als Einwanderer. Das schweißte die Gruppen zusammen, hat Olga Hartfil festgestellt. „Die Teilnehmer lernen mit- und auch voneinander.“ UB

Kompetenzzentrum PHOENIX  
für berufliche Integration der  
Zuwanderer in Köln  
E-Mail: kompetenzzentrum  
@phoenix-cologne.com  
www.phoenix-cologne.com

# Alleinerziehende in Hartz IV: Viele Hürden erschweren den Weg aus Arbeitslosigkeit und Armut

Das vor zehn Jahren eingeführte Sozialgesetzbuch II ist für viele Erwachsene und Kinder zu einem System der dauerhaften Sicherung des Lebensunterhalts geworden – darunter für rund 40 Prozent aller Alleinerziehenden. Antje Asmus, Wissenschaftliche Referentin beim Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e. V., sagt, was aus Sicht des VAMV geschehen muss, damit der hohe Anteil Alleinerziehender in Hartz IV gesenkt werden kann.

Über 90 Prozent der Alleinerziehenden in Hartz IV sind Frauen, die aus strukturellen Gründen lange im SGB-II-Bezug bleiben. Immer dann, wenn im Rechtskreis des SGB II Neuregelungen getroffen werden, sind also alleinerziehende Frauen und ihre Kinder in besonderem Maße betroffen.

Seit der Agenda 2010 und dem Ansatz des Fordern und Förderns werden strukturelle Hindernisse individualisiert und auf die Einzelne geschoben, auf deren Eigenverantwortung. Alleinerziehende Frauen fühlen sich mit Hartz IV häufig stigmatisiert, nicht selten allein „schuldig“ und gleichzeitig von der Gesellschaft allein gelassen. In Bewerbungsverfahren treffen sie trotz ihrer ausweislich hohen Arbeitsmotivation und Organisationsfähigkeiten nicht selten auf Vorbehalte seitens der Arbeitgeber.

## Unzureichende Kinderbetreuung

Insbesondere die Situation für Frauen und Mütter auf dem Arbeitsmarkt, der Mangel an einer bedarfsgerechten Infrastruktur in der Kinderbetreuung sowie nicht oder nur unzureichend gezahlter Kindesunterhalt führen dazu, dass Alleinerziehende Leistungen der Grundsicherung beziehen müssen. Ihr Einkommen aus Erwerbstätigkeit reicht oft nicht aus, um für sich und ihre Kinder die Existenz sichern zu

können. Entweder weil sie keiner Erwerbstätigkeit nachgehen können oder weil sie ihr Erwerbseinkommen aufstocken müssen, obwohl sie berufstätig sind. Das ist bei jeder fünften Alleinerziehenden der Fall. Daran haben die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf Alleinerziehende ausgerichteten Förderprogramme wie zum Beispiel „Gute Arbeit für Alleinerziehende“ in den vergangenen sieben Jahren kaum etwas ändern können. Ihr Anteil an allen Leistungsempfängern ist sogar gewachsen.

## Ausweitung des Niedriglohnssektors trifft besonders Frauen

Zielgruppenspezifische Förderung allein hilft offensichtlich wenig. Vielmehr braucht es für alle Eltern und für alle Frauen bessere Rahmenbedingungen. Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen müssen mit flexibleren, qualitativ hochwertigen Angeboten auch zu Randzeiten, am Wochenende, in den Ferien und im Notfall ausgebaut werden. Was bereits für Zweielternfamilien die Quadratur des Kreises ist, wird für Alleinerziehende zur Existenzfrage: Denn wo sind die Kinder, wenn die alleinerziehende Mutter im Einzelhandel regelmäßig bis 20 Uhr arbeitet, auch am Wochenende? Daneben braucht es gleichstellungspolitische Anstrengungen in der Arbeitsmarktpolitik. Denn die mit der Einführung

von Hartz IV einsetzende Ausweitung des Niedriglohnssektors ging zu Lasten von Frauen. Wie der erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zeigte, teilen sich immer mehr Frauen die gleiche Anzahl an Erwerbsarbeitsstunden. In kleinen Teilzeitarbeitsverhältnissen wird auch klein bezahlt, bestätigt die Arbeitsmarktforschung. Notwendig sind deshalb die Einführung eines Entgeltgleichheitsgesetzes, die Förderung vollzeitnaher existenzsichernder Teilzeittätigkeiten mit 30 bis 35 Wochenstunden sowie die Abschaffung der Minijobs hin zu einem Sozialversicherungsschutz ab dem ersten Euro. Frauen verdienen mehr.

Bei der Arbeitsförderung durch das Jobcenter müssten zudem Maßnahmen wie betriebsnahe Qualifizierungen sowie Vermittlungen in existenzsichernde Arbeitsverhältnisse oberste Priorität haben, anstatt mit Blick auf die Statistik auf kurzfristige oder zu gering entlohnte Beschäftigungsmöglichkeiten zu setzen.

## Je länger, desto schwieriger

Die bittere Konsequenz des hohen Anteils von Alleinerziehenden mit Hartz IV ist, dass die Hälfte der in Armut lebenden Kinder nach wie vor bei Alleinerziehenden aufwächst. Und: Je länger die Armut anhält, umso schwieriger wird die materielle Situation. Wichtige Haushaltsgegenstände kön-

nen nicht mehr ersetzt oder angeschafft werden, von einem gemeinsamen jährlichen kurzen Familienurlaub ganz zu schweigen.

Darauf musste der Gesetzgeber reagieren und fügte 2011 Paragraph 1 Abs. 1 ins SGB II ein, der da lautet: „Die Grundsicherung für Arbeitssuchende soll es Leistungsberechtigten ermöglichen, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht.“

In der sozialpolitischen Diskussion um die Ausgestaltung der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (Regelsatz, Mehrbedarfe sowie Kosten der Unterkunft und Heizung) steht seit Einführung von Hartz IV die Frage im Zentrum, was genau der Würde des Menschen entspricht. Nicht selten wurde diese Frage in den vergangenen zehn Jahren vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt. Wie hoch muss der Regelsatz sein, damit er den Anspruch der Existenzsicherung auch über längere Zeiträume erfüllt? Wann und wie darf sanktioniert werden? Welche Mehrbedarfe sind über den Regelbedarf hinaus anzuerkennen? Welche Bedarfe hinsichtlich der gesellschaftlichen Teilhabe und Bildung müssen gedeckt sein?

#### Vereinfachung des Leistungsrechts

Aktuell wird das SGB II anlässlich eines neuen Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts zur Höhe der Regelsätze und in Bezug auf die Ergebnisse einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vereinfachung des Leistungsrechts im SGB II diskutiert. Nach der Diskussion umfangreicher Rechtsänderungsvorschläge von Bundesländern, kommunalen Spitzenverbänden, der Bundesagentur für Arbeit und dem Deutschen Verein hat die Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Arbeits- und Sozialminister/innenkonferenz ihren Abschlussbericht zur Vereinfachung des passiven Leistungsrechts im SGB II mit zahlreichen Änderungsvorschlägen vorgelegt. Dieser hat sich das Bundesarbeitsministerium angenommen und gießt sie derzeit in ein Gesetz.

Neben sinnvollen Vorschlägen wie der Ausweitung des Anspruches auf Arbeitslosengeld II für Auszubildende oder der Abschaffung restriktiver

Sanktionsregeln für unter 25-Jährige bedeutet für Alleinerziehendenhaushalte die geplante Änderung für sogenannte Temporäre Bedarfsgemeinschaften (§ 7 SGB II) eine potenzielle Kürzung. Worum geht es?

Der Vorschlag betrifft Kinder, deren getrennte Eltern beide im SGB-II-Bezug leben. In der Regel wohnt das Kind hauptsächlich bei dem betreuenden Elternteil (Hauptbedarfsgemeinschaft) und pflegt einen regelmäßigen Umgang mit dem anderen Elternteil. Der Vorschlag sieht vor, den Anspruch des Kindes auf Sozialgeld in der sogenannten Hauptbedarfsgemeinschaft (Haupt-BG) um den Betrag zu mindern, den der umgangsberechtigte Elternteil für die Tage des Umgangs erhält.

Wird der Auszahlungsanspruch für das Sozialgeld des Kindes in der Haupt-BG gekürzt, in der Regel im Haushalt der betreuenden alleinerziehenden Mutter, fehlen dort anteilig notwendige Mittel zur Existenzsicherung. Der Regelsatz für Kinder enthält nämlich Bedarfe für langlebige Güter sowie Fixkosten, die auch während tagesweiser Abwesenheiten in der Haupt-BG anfallen. Dazu gehören zum Beispiel Bekleidung und Schuhe, Haushaltsgeräte sowie Wohnungsinstandhaltung. Deshalb wäre die Existenzsicherung der betroffenen Kinder nicht mehr sichergestellt, würde dieser Vorschlag zur temporären Bedarfsgemeinschaft umgesetzt. Angemessen wäre eine gesetzliche Klarstellung, die gemäß der Rechtsprechung des Bundes-

sozialgerichts eine Auszahlung von Sozialgeld für Umgangstage ohne Minderung der Ansprüche in der Haupt-BG vorsieht.

Wie die Rechtsprechung zur Höhe der Regelsätze wiederholt betonte, kommt dem Gesetzgeber bei der Bestimmung des Umfangs der Leistungen zur Sicherung des Existenzminimums ein relativ weiter Gestaltungsspielraum zu. Diesen kann er ohne Not nutzen, um Kindern getrennt lebender Eltern im SGB-II-Bezug in beiden Haushalten die Existenz zu sichern.

#### Kein Mangel an Motivation

Alleinerziehenden mangelt es nicht an Arbeitsmotivation, sie suchen überdurchschnittlich häufig eine Vollzeitstelle, wie die SGB-II-Statistik der Bundesagentur für Arbeit belegt. „Arbeitsanreize“ durch zu niedrige Regelsätze sind schlicht nicht gerechtfertigt, denn wo weder gute Arbeit mit ausreichender Bezahlung noch passende gute Kinderbetreuung vorzufinden sind, kann auch das Jobcenter nicht dorthin vermitteln. Würde der Gesetzgeber diese strukturellen Bedingungen anerkennen, könnte es ihm womöglich leichter fallen, die Regelsätze in der Grundsicherung für Erwachsene und insbesondere auch für Kinder armutsfest anzuheben. Um die Situation von Einelternfamilien tatsächlich zu verbessern, sollte er sich auf die Aktivierung des Arbeitsmarktes hin zu mehr existenzsichernder Arbeit für (alleinerziehende) Mütter konzentrieren.





## Hartz-IV-Regelsatz zementiert Armut

Als völlig unzureichend kritisiert der Paritätische Gesamtverband die Anhebung des Regelsatzes bei Hartz IV um lediglich acht Euro auf 399 Euro zum Jahresbeginn. Er hält eine Erhöhung des Regelsatzes um 24 Prozent auf 485 Euro für erforderlich, um das soziokulturelle Existenzminimum zu sichern.

Der derzeitige Regelsatz sei „mutwillig kleingerechnet“ und erfülle nach wie vor nicht die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, das zuletzt im Juli 2014 deutliche Nachbesserungen bei der Bedarfsermittlung gefordert hatte, kritisiert der Verband.

„Angesichts der Armut der Menschen in Hartz IV und in der Altersgrundversicherung ist die Erhöhung des Regelsatzes um gerade einmal zwei Prozent geradezu lächerlich gering“, klagt Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.

„Mit dieser Erhöhung wird Armut nicht bekämpft, sondern zementiert.“

### Fortschreibung der Willkür

Bereits bei der Berechnung der Regelsätze für 2011 sei getrickst und manipulativ in die Statistik eingegriffen worden, um den Regelsatz „kleinzurechnen“ und das Hartz-IV-Niveau möglichst niedrig zu halten. Die geringe Erhöhung in 2015 sei nichts anderes als die bloße Fortschreibung dieser Willkür.

Nach einer Expertise des Paritätischen müsste der Regelsatz eigentlich um 24 Prozent auf 485 Euro angehoben wer-

den, wenn die Bundesregierung das selbstgewählte Statistikmodell konsequent anwenden würde und sie den Mindestbedarf der Leistungsbezieher in Hartz IV, Sozialhilfe und Altersgrundversicherung wirklich decken wollte. Bei seinen Berechnungen bezieht sich der Verband wie die Bundesregierung auf die so genannte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, berücksichtigt dabei aber unter anderem konsequent die regelsatzspezifische Preisentwicklung.

Der Verband fordert die Bundesregierung auf, insbesondere zügig für deut-

liche Verbesserungen bei der Übernahme der Kosten für Haushaltstrom und Verkehr zu sorgen sowie wieder einen Rechtspruch auf einmalige Leistungen, etwa für Möbel und Hausrat, in Hartz IV zu verankern.

Es sei nicht akzeptabel, dass die Bundesregierung auf entsprechende Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 2014 noch immer nicht reagiert habe. „Wenn es um das Existenzminimum geht, und wenn

Menschen in Armut leben, darf man Probleme nicht auf die lange Bank schieben. Man hätte zumindest erst einmal die Pauschalen für diese Ausgabenpositionen anheben können, um im Sinne des Bundesverfassungsgerichts zu handeln und für die Menschen erste Abhilfe zu schaffen“, mahnt Schneider an.

Interessierte finden die Expertise der Paritätischen Forschungsstelle im Internet auf [www.10jahre-hartz4.de](http://www.10jahre-hartz4.de).

## Zehn Thesen, zehn Forderungen

Bilanz zu zehn Jahren Hartz IV zieht der Paritätische Gesamtverband auch auf einer eigens dazu etablierten Internetseite: [www.10jahre-hartz4.de](http://www.10jahre-hartz4.de). Dort finden Interessierte unter anderem zehn Thesen und zehn Forderungen des Verbandes.

# Frühzeitige Integration statt Ausgrenzung

## Verband fordert Neuausrichtung der Aufnahmepolitik für Flüchtlinge

Die steigende Zahl Asylsuchender stellt Bundesländer wie Kommunen vor erhebliche Herausforderungen. Angesichts dessen wird die Notwendigkeit eines neuen, zwischen Bund, Ländern und Kommunen abgestimmten Aufnahmekonzepts für Flüchtlinge diskutiert. Der Verbandsrat des Paritätischen Gesamtverbands spricht sich in einer Stellungnahme unter der Überschrift „Frühzeitige Integration statt Ausgrenzung“ dafür aus, die Aufnahmepolitik für Flüchtlinge neu zu ordnen. „Zentrales Ziel bei der Ausgestaltung der Aufnahmebedingungen für Flüchtlinge muss es künftig neben der Sicherstellung eines fairen und zügigen Asylverfahrens sein, den Flüchtlingen die möglichst frühe Partizipation in der Gesellschaft und ein weitgehend selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen“, heißt es in dem Papier.

In der Bevölkerung gebe es ein großes Engagement bei der Unterstützung der Aufnahme der Flüchtlinge, betont der Verband. Andererseits sei aber auch festzustellen, dass die Debatte über die Aufnahme von Flüchtlingen von rechten Parteien und Organisationen zur Stimmungsmache gegen Flüchtlinge missbraucht werde. „Umso wichtiger ist es daher, dass die Politik bei der Ausgestaltung der Flüchtlingsaufnahme deutlich macht, dass die schutzbedürftigen Menschen willkommen sind, dass ihre frühzeitige Integration in die Gesell-

schaft angestrebt wird und dass die Zivilgesellschaft frühzeitig in den Aufnahmeprozess einbezogen wird.“

Asylsuchende sind laut Asylverfahrensgesetz verpflichtet, die ersten drei Monate in zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen zu verbringen. In dieser Zeit sollte in der Regel die Prüfung des Asylantrags durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abgeschlossen sein. Je früher die Asylsuchenden auf die Kommunen verteilt werden, umso eher können sie vor Ort unterstützt werden und Fuß fassen. Der Verband wendet sich daher gegen Überlegungen, Flüchtlinge länger als drei Monate in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder unterzubringen. In jedem Fall muss der Zugang zu unabhängiger Rechts- und Verfahrensberatung und medizinischer Versorgung sichergestellt sein, fordert der Verband.

Die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Den Kommunen müssten daher die entstehenden Kosten vollständig erstattet werden. Der Bund müsse sich hier stärker beteiligen. Der Paritätische fordert zudem Formen der Unterbringung, die den Flüchtlingen eine weitestgehend eigenständige Lebensführung und frühzeitige Teilhabe im Sozialraum ermöglichen. Den spezifischen Bedürfnissen von besonders Schutzbedürftigen wie etwa unbegleiteten minderjährigen und weiblichen, alten und behinderten Flüchtlingen müsse Rechnung getragen werden. Flüchtlingen solle zudem nach drei Monaten ein gleichberechtigter Arbeitsmarktzugang ermöglicht werden. Der Zugang zu Integrationskursen und das Recht auf Bildung müssten ebenso gewährt sein.



Archivfoto, Berami/Frankfurt a. M. | Strack



## Sozialpreis der BAGFW an vier Journalisten verliehen

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) hat in Berlin engagierte Journalisten und Journalistinnen mit dem Deutschen Sozialpreis 2014 ausgezeichnet. Bei der Festveranstaltung, bei der zugleich das 90-jährige Bestehen der BAGFW gefeiert wurde, betonte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig, die BAGFW repräsentiere die Kompetenz der Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege in allen wichtigen sozialen Fragen und bringe die Interessen benachteiligter Gruppen in den gesellschaftlichen Dialog

und in das soziale Bewusstsein ein. Der mit insgesamt 15.000 Euro dotierte Sozialpreis ging an folgende Journalisten und eine Journalistin:

Sparte Print – Marco Maurer für „Ich Arbeiterkind“ im Dossier von „DIE ZEIT“; Sparte Hörfunk – Rainer Link für „Sterben mit Dr. Kusch – Vom politischen Rechtsaußen zum umstrittenen Sterbehelfer“, Deutschlandfunk – Das Feature; Sparte Fernsehen: Isabel Schayani und Esat Mogul: „Deutschlands neue Slums – Das Geschäft mit den Armutseinwanderern“,

WDR Köln; ADR-Exklusiv im Ersten. Auf dem Foto sind zu sehen von links nach rechts: Prof. Dr. Rolf Rosenbrock (Der Paritätische), Wolfgang Stadler (AWO), Georg Restle (Leiter der WDR-Redaktion MONITOR), Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg (DRK), Marco Maurer (Preisträger Print), Abraham Lehrer (Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland), Rainer Link (Preisträger Hörfunk), Esat Mogul (Preisträger TV), Prof. Dr. Georg Cremer (Caritas).

Foto: BAGFW|Holger Groß

## Bundespräsident würdigt Engagement

Als Zeichen der Wertschätzung für das freiwillige soziale Engagement hat Bundespräsident Joachim Gauck beim Neujahrsempfang im Schloss Bellevue zahlreiche ehrenamtlich Engagierte geehrt. Dazu gehörten aus den Reihen Paritätischer Mitgliedsorganisationen unter anderem: Peter Benzenhöfer (Mühlacker) von der Lebenshilfe Pforzheim Enzkreis e. V. und dem Landesverband der Lebenshilfe Baden-Württemberg, Gisela Mohr von der DLRG-Ortsgruppe Seevetal, Jörg Beck (Rheinbach) vom Weißen Ring NRW/Rheinland und Berta Maria Aubele von der Selbsthilfegruppe der Bayerischen Krebsgesellschaft e. V. in Garmisch-Partenkirchen.

Im Gespräch mit dem Bundespräsidenten verließ der Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbands, Professor Dr. Rolf Rosenbrock, der Hoffnung Ausdruck, dass „wir alle im neuen Jahr Mut, Kraft und Möglichkeiten finden, Beiträge zum Abbau der gewachsenen Spannungen in Deutschland und weltweit zu leisten“.

Foto: Michael von Lingen



# Paritätischer Wertedialog soll die ethische Dimension sozialer Arbeit stärker in den Fokus rücken

Welche Werte prägen die soziale Arbeit im Paritätischen? Was ist den haupt- und ehrenamtlich Tätigen im Verband und seinen Mitgliedsorganisationen wichtig? Welche Werte verbinden sie über Fachbereichs- und Organisationsgrenzen hinweg? Und wie können Paritätikerinnen und Paritätiker diese Werte selbstbewusst nach außen tragen? Darum geht es 2015.

Mit einer Online-Umfrage zu wichtigen Werten in der sozialen Arbeit startete im Januar der Wertedialog des Paritätischen, der das gesamte Jahr 2015 prägen soll. Sie läuft noch bis 28. Februar auf [www.werte.paritaet.org/mach-mit/](http://www.werte.paritaet.org/mach-mit/). Ziel der Online-Umfrage in der Mitgliedschaft ist es, vor der Auftaktkonferenz am 26. März in Potsdam ein Stimmungsbild zum Thema sowie Anregungen für und Erwartungen an den Wertedialog abzufragen.

## Auftaktkonferenz

Der großen Auftaktkonferenz folgen in der zweiten Jahreshälfte mehrere Regionalkonferenzen – in Kassel, soviel ist jetzt schon klar, am 23. September 2015.

Weitere Orte sind Hamburg, Leipzig und Heidelberg. Sobald die einzelnen Termine feststehen, sind sie auf der eigens eingerichteten Dialog-Homepage [www.werte.paritaet.org](http://www.werte.paritaet.org) zu finden. Darüber hinaus planen bei-

spielsweise die Landesverbände Brandenburg (20. November 2015) und Nordrhein-Westfalen (27. November 2015) die Wertediskussion im Rahmen ihrer Mitgliederversammlung aufzugreifen.

„Jahrelang haben wir vor allem ökonomisch geprägte Debatten im Sozialen geführt. Mit unserer bundesweiten Veranstaltungsreihe in diesem Jahr möchten wir nun die ethische Dimension sozialer Arbeit stärker als bisher in den Fokus rücken“, sagt Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.

## „Anwalt der Betroffenen“

„Wir möchten mit den Engagierten im Verband und seinen Mitgliedsorganisationen darüber sprechen, wie wir in Zukunft unsere gemeinsamen Werte noch besser leben und selbstbewusst darstellen können, um zu zeigen: Wir sind nicht nur Träger, wir sind gemeinnützig und wir sind Anwalt der Betroffenen. Und ja, wir sind stolz darauf!“

Die Auftaktkonferenz zum Wertedialog am 26. März 2015 findet von 10 bis 17 Uhr im Kongresshotel Potsdam, Am Luftschiffhafen 1, statt. Die Anmeldung



ist möglich auf: [www.werte.paritaet.org/veranstaltungen](http://www.werte.paritaet.org/veranstaltungen).

## Konferenzprogramm

Für die Konferenz ist folgendes Programm geplant: Zum Auftakt ein kritischer Impuls zu Werten und Wohlfahrt von Professor Dr. Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung, danach Reaktion und Austausch unter der Überschrift „Und ob wir Werte haben!“ Anschließend soll es Denkanstöße aus der Praxis geben. Unter dem Titel „Wie wir Werte leben“ stellen Mitgliedsorganisationen gute Beispiele für wertebezogene Arbeit aus unterschiedlichen Fachbereichen vor – zum Nachahmen und Nachdenken. Dann ist Open Space angesagt: „Was uns wirklich wichtig ist“.

\*

Weitere Informationen und aktuelle Nachrichten gibt es auf [www.werte.paritaet.org](http://www.werte.paritaet.org).



# Rosenbrock ist neuer Präsident der BAGFW

Professor Dr. Rolf Rosenbrock hat zum Jahresbeginn 2015 die Präsidentschaft der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) angetreten. Der Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbands wurde für zwei Jahre in das Amt gewählt. Mit der Präsidentschaft ist turnusgemäß die Federführung des Paritätischen Gesamtverbands im Dachverband der Wohlfahrtspflege verknüpft.

Er verbinde mit der BAGFW-Präsidentschaft die Hoffnung, die soziale Arbeit in Deutschland in all ihrer Vielfalt weiter zu stärken, betonte Rosenbrock zur Amtsübernahme „Von Menschen für Menschen ist das Credo der BAGFW, dem auch ich mich verpflichtet fühle. Die Gemeinwohlorientierung unseres Handelns wird dabei im Vordergrund stehen.“

In der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. arbeiten die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammen. Ihr gemeinsa-



mes Ziel ist die Sicherung und Weiterentwicklung der sozialen Arbeit durch gemeinschaftliche Initiativen und sozialpolitische Aktivitäten.

Die Federführung für die Arbeit in der BAGFW wechselt alle zwei Jahre.

Wolfgang Stadler, Vorsitzender des Vorstandes der Arbeiterwohlfahrt und BAGFW-Präsident der vergangenen zwei Jahre, übergab das Amt zum Jahresbeginn an Professor Dr. Rolf Rosenbrock.

Foto: BAGFW/Holger Groß

## Neues zu Rahmenverträgen

Neuer Rahmenvertragspartner des Paritätischen Gesamtverbands ist die Firma **ReadSpeaker GmbH**. Mit ReadSpeaker können zum Beispiel Textinhalte von Webseiten vorgelesen werden. Mit ReadSpeaker bauen Mitgliedsorganisationen Barrieren auf ihrer Internetseite ab und ermöglichen es Menschen mit Behinderung, ihre Inhalte erheblich besser zu verstehen. Nach kurzer Zeit ist ReadSpeaker auf der Webseite einsatzbereit.

\*

**LichtBlick** ist Partner im Bereich Energieversorgung. Der gesamte LichtBlick-Strom kommt aus erneuerbaren Quellen. Das garantiert auch der TÜV Nord, der regelmäßig die Stromqualität zertifiziert. LichtBlick bescheinigt seinen Kunden die jährlich durch den Bezug von Ökostrom

eingesparten CO<sup>2</sup>-Emissionen mit einem kostenlosen CO<sup>2</sup>-Vermeidungszertifikat. Ende 2014 hat LichtBlick den Gewerbetarif für Mitglieder des Paritätischen bei Neukunden-Verträgen angepasst. Der neue Energiepreis wurde von 5,89 Cent pro Kilowattstunde auf 4,99 Cent reduziert.

\*

**FUJITSU**, Rahmenvertragspartner bei Technologieprodukten und -dienstleistungen, räumt Mitgliedern des Paritätischen neue Rabatte von bis zu 35 Prozent ein. So können unter anderem PC-Systeme, Monitore und mobile Geräte kostengünstiger erworben werden.

\*

Aus dem Newsletter des Paritätischen Gesamtverbands erfahren Interessierte Neuigkeiten über Rahmenvertragspartner und Sonderaktionen. Wer den

Newsletter noch nicht abonniert hat, kann dies tun per E-Mail mit dem Betreff „Newsletter abonnieren“ an [rvt@paritaet.org](mailto:rvt@paritaet.org).

\*

Die 4. aktualisierte und komplett überarbeitete Auflage des Paritätischen Rahmenvertragskatalogs stellt eine Vielzahl der bundesweit tätigen Rahmenvertragspartner des Verbands vor. Kostenlose Exemplare können angefordert werden per E-Mail an [rvt@paritaet.org](mailto:rvt@paritaet.org) mit Angabe der Adresse und der gewünschten Anzahl.



# Inklusives Wohnen fördern

Mit seinem neuen Modellprojekt „Inklusion bewegen“ möchte der Paritätische Gesamtverband wegweisende Impulse zur Inklusion psychisch kranker Menschen im Bereich Wohnen geben.

Viele Menschen mit einer psychischen Erkrankung wünschen sich ein ganz selbstverständliches, selbstbestimmtes Leben in einer eigenen Wohnung. Sie möchten nicht dauerhaft in einer Einrichtung oder betreuten Wohngruppe leben. Dies ist bei entsprechender Begleitung und Unterstützung für eine große Zahl von Menschen mit seelischer Behinderung auch möglich. Als Herausforderung erweist sich jedoch die Suche nach passendem Wohnraum. Hier setzt das neue Projekt „Inklusion bewegen“ an: „Wir streben eine nachhaltige Vernetzung an, die das übergreifende Ziel hat, mehr selbstbestimmte und inklusive Wohnformen für Menschen mit psychischen Erkrankungen zu ermöglichen“, sagt Sabine Bösing, Projektreferentin beim Paritätischen Gesamtverband.

## Drei Modellregionen

Im Vordergrund stehe dabei die aktive Teilhabe psychisch kranker Menschen als Experten in eigener Sache, die sich durch eine partizipative Beteiligungs- und Begegnungskultur auszeichne. Um das Projektziel zu erreichen, sind unter anderem folgende Schritte geplant:

In drei Modellregionen (Großstadt, mittelstädtischer und ländlich-kleinstädtischer Bereich) soll ermittelt werden, welche Barrieren die Schaffung selbstbestimmter Wohnformen verhindern und welche Ressourcen es andererseits gibt. Dazu wird in einem Workshop ein geeignetes Erhebungsinstrument entwickelt.

## Handlungskonzepte erarbeiten

Es werden Handlungskonzepte erarbeitet, wie auf lokaler Ebene Wohn-

raum für Menschen mit seelischer Behinderung gewonnen und erhalten werden kann. Diese Konzepte werden auf ihre bundesweite Übertragbarkeit hin überprüft. Es wird angestrebt, die aus den Handlungskonzepten abgeleiteten Handlungsempfehlungen als Qualitätsstandards für den Bereich Wohnen unter dem Dach des Paritätischen zu etablieren.

## Beteiligungskultur leben

Die Erprobung der Handlungskonzepte in den drei Modellregionen wird durch den Dachverband Gemeindepsychiatrie evaluiert. Fachdiskussionen mit zuständigen Ministerien auf Bundes- und Länderebene und Spitzenverbänden der Wohnungswirtschaft sollen die Modellprojekte vor Ort in der Umsetzung ih-

nimmt. Der Beirat setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern der Interessen- und Fachverbände für Menschen mit Behinderung, Selbsthilfe, Wohnungslosenhilfe, der zuständigen Bundesministerien, Spitzenverbände der Wohnungswirtschaft und des Paritätischen sowie der Einrichtungen in den Modellregionen. Damit ist zugleich eine vernetzende und Multiplikatorenfunktion verbunden.

## Öffentlichkeit herstellen

Die Projektergebnisse, innovativen Handlungsansätze und -empfehlungen werden in Form von Fachvorträgen, Veröffentlichungen und Arbeitshilfen kommuniziert und der Fachöffentlichkeit vorgestellt. Die Gesamtergebnisse werden im Rahmen einer

Das auf fünf Jahre angelegte Projekt „Inklusion bewegen“ basiert auf einer breiten Kooperation: sowohl mit den zum Verband gehörenden Selbsthilfeorganisationen psychisch kranker Menschen und deren Angehörigen als auch den Paritätischen Landesverbänden, Leistungserbringern der Sozialwirtschaft, der Politik, der Wohnungswirtschaft und sonstigen Experten.

res Handlungskonzepts unterstützen. Im Rahmen des Projekts soll auch eine Beteiligungskultur erprobt werden. Dazu gehören zum Beispiel Runde Tische und Foren, in welche Menschen mit psychischen Erkrankungen einbezogen sind. Begleitet wird das Projekt von einem Projektbeirat, der einerseits eine beratende Rolle hat, zugleich durch die Bewertung der Projektergebnisse aber auch eine Steuerungsfunktion über-

bundesweiten Fachtagung präsentiert und in einem Projektbericht dokumentiert.

Nähere Informationen erhalten Interessierte bei Sabine Bösing, Referentin für das Projekt „Inklusion psychisch kranker Menschen bewegen“,  
Tel.: 030/24636-453,  
E-Mail: [inklusion@paritaet.org](mailto:inklusion@paritaet.org).

Das besondere Produkt:

# Moderne Klassiker aus Holz

Von der modischen Designer-Tasche über schicke Wohn-Accessoires bis hin zum selbstgerösteten Espresso – immer mehr Werkstätten für Menschen mit Behinderungen oder Betriebe, in denen arbeitslose Frauen und Männer beruflich qualifiziert werden, setzen auf das Besondere: auf Produkte, die in relativ kleinen Mengen hergestellt werden und nicht nur durch Schönheit, sondern auch durch hohe Qualität bestechen. Eine Auswahl dieser Produkte stellen wir in der Rubrik „Sozialer Handel“ vor.

Egal, ob Menschen essen, erzählen, streiten, lachen – im sozialen Leben spielen Tische und Stühle eine bedeutsame Rolle. Wer sein Zuhause, das Büro, den Besprechungs- oder Essraum mit besonderem Mobiliar ausstatten möchte, wird beim Verein Berufliches und Soziales Lernen im Hunsrück e.V. fündig. Dort werden Tische, Stühle und Bänke hergestellt, die das Prädikat „moderne Klassiker“ verdienen: Sie sind handgemacht, aber schnörkellos. Modern sachlich-minimalistisch und dennoch zeitlos. Und glaubt man den Kunden, sind die Stühle außergewöhnlich bequem, mögen sie auch zuerst etwas kantig wirken.

Kantig, das waren bislang auch die Lebensverhältnisse der Möbelmacher. Acht Azubis sind es derzeit, meist ohne intakte Familie, ohne schulische Erfolge, mit Problemen beladen. Dem Konzept des Vereins zufolge werkeln sie nicht an einem Übungsstück nach dem anderen herum, sondern werden realitätsnah, also am Kundenauftrag, ausgebildet. Ihr Meister ist die einzige bezahlte Kraft im Verein. Über 90 Prozent seiner bisher 150 Azubis hat Martin

## Sozialer Handel

Mersch-Bollhorst zusammen mit vielen Ehrenamtlichen zum Tischler-Gesellenbrief geführt. Seit die Arbeit des kleinen Vereins infolge der Hartz-Reformen nicht mehr gefördert wird, finanziert er sich durch Spenden und durch den Verkauf der Möbel. Das funktioniert sogar ganz gut, denn die Qualität des Angebots macht von sich reden. Hinzu kommt, dass Kundinnen und Kunden die Stühle sechs Wochen probesitzen dürfen.

Ob Stühle, Bänke, Hocker oder Tische, alles kann in verschiedenen Hölzern gefertigt werden, damit es zur vorhandenen Möblierung passt. Die Herkunft erfahren Interessierte auch: Der dunkle Nussbaum, die helle Eiche oder die rötliche Buche beispielsweise stammen aus dem Odenwald, anderes aus dem Elsass oder aus Brandenburg. Die Oberflächen werden geölt und gewachst, auf Wunsch auch farbig gebeizt oder mit Lacken auf Wasserbasis lackiert. Der Preis liegt naturgemäß über dem,

was der Möbel-Discounter verlangt, aber er erreicht lange nicht das Niveau, das im Designer-Laden zu zahlen wäre.

Bernd Schüler

**Verein Berufliches und Soziales Lernen im Hunsrück e.V.**  
**Telefon: 06763/534**  
**www.vbs-sohrschied.de**



## BAGSO-Praxishandbuch zur Gesundheitsförderung

Auf der BAGSO-Fachtagung, die im Rahmen des vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft geförderten Projektes „Im Alter IN FORM – Gesunde Lebensstile fördern“ in Bonn stattfand, wurde der BAGSO-Leitfaden „Länger gesund und selbstständig im Alter – aber wie? Potenziale in Kommunen aktivieren“ vorgestellt. Diese Handreichung zeigt die Zusammenhänge von Ernährung, Bewegung, Mund- und Zahngesundheit und der Gesundheitsförderung auf. Zudem wird gezeigt, wie auf kommunaler Ebene die Gesundheitsförderung älterer Menschen initiiert und dauerhaft etabliert werden kann.

Der Leitfaden enthält viele Anregungen und Praxisbeispiele, darüber hinaus detaillierte Ablaufpläne, Präsentationen und hilfreiche Informationen auf einer beigefügten CD. Weitere Informationen finden Interessierte auf der Projekthomepage unter <http://projekte.bagso.de/fit-im-alter/gesundheitsfoerderung/praxishandbuch.html>.

Der Leitfaden ist kostenfrei zu beziehen bei:

BAGSO e.V., Tel.: 0228/24 99 93 22,  
 E-Mail: [inform@bagso.de](mailto:inform@bagso.de),  
[www.bagso.de](http://www.bagso.de).

## ABC der Psychiatrie

Auf der Homepage [www.paranus.de](http://www.paranus.de) hat der Paranus-Verlag „Das kleine ABC der Psychiatrie – Ein Jahreskalender“ gestartet. Interessierte finden dort jetzt jede Woche – jeweils neu am Samstag – einen kurzweiligen Text zu zentralen Begriffen der Psychiatrie.

Der 1990 gegründete Paranus-Verlag schafft als Betriebsteil der „Brücke Neumünster gGmbH“ Arbeitsmöglichkeiten für psychiatrierfahrene Menschen. An Redaktion, Herstellung, Werbung und Vertrieb der Publikationen sind alle Betriebsangehörigen – Lektoren, Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Einrichtung, Setzerinnen, Drucker und Betreuende – gemeinschaftlich beteiligt.

## Provokantes Theaterstück

Mit „Welche Droge passt zu mir?“ haben das Wuppertaler Kinder- und Jugendtheater und die Beratungsstelle für Drogenprobleme Wuppertal ein provokantes Stück auf die Bühne gebracht.

Dieter Marenz, Suchttherapeut und Leiter der Wuppertaler Beratungsstelle für Drogenprobleme, spielt Georg, einen „Mann im besten Alter“, beruflich erfolgreich und verheiratet mit einer Ingenieurin. Mit ihr und dem siebenjährigen Sohn wohnt er in einem schönen Jugendstilhaus... Doch das scheinbar perfekte Leben ist auf einem wackligen Fundament gebaut: Ohne Drogen kommt der Endfünfziger nicht über die Runden. Zwischen Egotrip und Entzug, zwischen Albträumen und Erfüllung geht der Mann seinen Weg, auf den er die Zuschauer und Zuschauerinnen mitnimmt. Ganz souverän verkauft er mit Beamer, Laser-Pointer und Karteikar-



**Drogenberatung einmal ganz anders: Suchttherapeut Dieter Marenz stellt auf der Bühne die Frage: „Welche Droge passt zu mir?“** Foto: privat

ten auf der Bühne stehend zunächst seine Abhängigkeit: Mit Drogen, so sein Credo, gelingt das Leben einfach besser. Es müssen nur die Richtigen sein. Und man muss wissen, damit umzugehen...

Doch schon bald wird dem Publikum klar: Der Mann macht sich selbst etwas vor, die ganze Sache ist ihm längst aus dem Ruder gelaufen. Das ist Drogenberatung einmal ganz anders! Geschrieben hat das Ein-Mann-Stück Hörfunk- und Fernsehautor Kai Hensel. Regie führt Lars Emrich vom Kinder- und Jugendtheater. Fünf Jahre lang

stand Dieter Marenz mit dem Stück „Morgen hör ich auf – ein Trinkerleben“ auf der Bühne. Jetzt geht es um andere Drogen. Marenz will zeigen, wie präsent sie im Leben vieler Menschen sind – keine Junkies, sondern vermeintlich unauffällige Normalos. Mit viel Beifall bedacht wurde das Stück schon beim 3. Wuppertaler Suchthilfetag, in Detmold und bei einer Feier zum 20-jährigen Bestehen der Drogenberatung in Halle an der Saale.

Nähere Informationen erhalten Interessierte unter Tel.: 0202/453829.

## ausgezeichnet – ausgezeichnet – ausgezeichnet – ausgezeichnet

**Rom e.V. – Vereinigung für die Verständigung von Rom (Roma und Sinti) und Nicht-Rom** in Köln ist mit der Integrationsmedaille der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Aydan Özoguz, ausgezeichnet worden. Verliehen wurde die Medaille Simone Treis, der Vorsitzenden des Vereins, dessen besondere Leistungen im Bereich der Ausbildung mit der Auszeichnung gewürdigt werden. Das Vereinsprojekt Amaro Kher eröffnet seit Jahren Roma-

Flüchtlingskindern Chancen, eine geregelte Schulausbildung zu erhalten, die sie sonst nicht hätten. Zugleich werden die Kinder gestärkt, in Regelschulen wechseln zu können. Außerdem betreibt Rom e.V. unter anderem noch einen Kindergarten nur für Roma-Kinder aus Kölner Flüchtlingsheimen und bietet Sozialberatung und Alphabetisierungskurse für die Eltern.

Weitere Integrationsmedaillen wurden an folgende Persönlichkeiten verliehen: Sarah Abel von der Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge

und Migrant\_innen e.V. in Berlin, Abdullah Altun von der Altun Gleis- und Tiefbau GmbH in Duisburg, Danae Christodoulou vom Verein amikeco in Lüneburg, Phedon Codjambopoulo (Deutsch-Hellenische Wirtschaftsvereinigung, Köln), Salih Elmascan (Verein SocialMinds, Köln), Mathilde Killisch (Modellprojekt ALREJU für minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge, Fürstenwalde/Spree) und Helmut Nölling aus Kreuztal im Kreis Siegen-Wittgenstein, der Jugendliche mit Migrationshintergrund fördert.

Filmtipps – Filmtipps – Filmtipps

„Toiletten für alle!“

Zur Toilette gehen – einem ganz selbstverständlichen menschlichen Bedürfnis – können schon Menschen ohne Behinderung nicht immer ganz einfach gerecht werden. Für Menschen mit Behinderung wird es jedoch oft zum Riesenproblem. Selbst wenn es öffentliche barrierefreie Toiletten geben sollte, sind diese für viele Menschen mit einer schweren Mehrfachbehinderung nur sehr eingeschränkt nutzbar. Deshalb setzt sich die Stiftung Leben pur für eine bessere Ausstattung von Toiletten für Menschen mit Behinderung ein, etwa mit Liegemöglichkeit und Lift. Nur so könne Menschen mit Schwerst-Mehrfachbehinderung eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden. Der kurze Dokumentarfilm „Toiletten für alle“ weckt sehr anschaulich mit Beispielen von Betroffenen Verständnis für eine Problematik, über die sich so mancher bislang noch nie Gedanken gemacht haben dürfte. Zu sehen ist er auf dem youtube-Kanal der Stiftung Leben pur. Weitere Infos gibt es auf [www.stiftung-leben-pur.de](http://www.stiftung-leben-pur.de) und [www.toiletten-fuer-alle.de](http://www.toiletten-fuer-alle.de).

„Our story“

Seit April 2014 arbeitet das Streetworkteam von Gangway e. V. mit Jugendlichen, die in Flüchtlingsunterkünften in Berlin-Reinickendorf untergebracht sind. Die Streetworker stellten einen großen sozialpädagogischen Betreuungsbedarf bei den Mädchen und Jungen fest, was unter anderem auf fehlende Angebote vor Ort zurückzuführen ist. Gemeinsam mit Berliner Jugendlichen entwickelten die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter ein Projekt, in dem Berliner Jugendliche eine besondere Rolle übernahmen: als Fußball-Trainer, Sprachmittler und Vertrauenspersonen. Während die Jungs eine Fußball-Liga gründeten und mit anderen



Jugendlichen des Bezirkes kickten, dokumentierten die Mädchen das Projekt mit Fotos und Filmaufnahmen. Sie lernten unter Anleitung der Filmemacherin und Videokünstlerin Branka Pavlovic den Umgang mit der Kamera, rappten die Film-Musik und schnitten den Dokumentationsfilm „OUR STORY“. Nähere Infos dazu gibt es auf <http://ourstory.gangway.de>.

Das „perfekte“ Kind

Moderne Bluttests während der Schwangerschaft ermöglichen es, gewisse Behinderungen bei Ungeborenen festzustellen, ohne sie der mit einer Fruchtwasseruntersuchung verbundenen Gefahr der Fehlgeburt auszusetzen. Die in der ARD-Serie „Die Story“ entstandene Dokumentation „Der Traum vom perfekten Kind“ zeigt eindrucksvoll, wie diese neue Methode sich auswirken wird. Am Beispiel zweier Paar, die ein Kind erwarten und sich für Pränataldiagnostik entscheiden, wird deutlich, welche heikle Fragen damit aufgeworfen werden.

Sehr positiv: Gezeigt werden im Film auch eine Familie, die sich gegen Pränataldiagnostik entscheidet, und Schauspielerinnen und Schauspieler des Theaters Rambazamba in Berlin – Menschen mit Down-Syndrom, die es (falls der Test sich weiter durchsetzen sollte) künftig wohl kaum noch geben wird.

**Autor/Regie: Dr. Patrick Hünerfeld; Die DVD ist erhältlich bei Der Wissens-Verlag, Komplett-Media, 14,95 Euro, [www.komplett-media.de](http://www.komplett-media.de).**

Hilfe bei Suchtproblemen in der Familie

Mehr schon ein Buch als „nur“ eine Broschüre ist der Band „Suchtprobleme in der Familie“, herausgegeben von der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS). Auf 160 Seiten erfahren Interessierte das Wichtigste rund um mögliche Störungen in Familien, den Charakter von Abhängigkeiten, unterschiedliche Suchtmittel – vom Alkohol und Nikotin über Medikamente bis zu illegalen Drogen – und Wege, Suchtkranken und ihren Angehörigen zu helfen. Die Broschüre wendet sich zwar in erster Linie an Fachkräfte und ehrenamtlich Tätige im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen, kann aber auch für viele andere Menschen nützlich sein. Sie bietet nicht nur sehr verständlich aufgearbeitet eine Menge an Informationen, sondern macht vor allem auch Mut, Betroffenen Wege zur Hilfe aufzuzeigen.

Statistiken der Suchtkrankenhilfe zufolge suchen zwei von drei Abhängigen Hilfe, weil sie auf ihre Sucht angesprochen und auf Hilfeangebote hingewiesen wurden – durch Angehörige und Freunde, Nachbarn und Kollegen, aber auch durch Beschäftigte von Justiz, Sozialverwaltungen und sozialen Diensten. Die Broschüre ist gratis erhältlich bei der DHS. Bestellt werden kann sie per E-Mail an [info@dhs.de](mailto:info@dhs.de).

Tagungsdokumentation: Wirkungsorientierung

Vorigen Dezember widmete sich eine Fachtagung des Paritätischen Gesamtverbands mit dem Titel „Wirkung wirkt – nur wie?“ der aktuellen Wirkungsdebatte in der sozialen Arbeit. Mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Praxis wurden Gefahren und Herausforderungen dieser Entwicklung ebenso diskutiert wie fachspezifische Handlungsmöglichkeiten, um im Wirkungsdiskurs in die Offensive zu kommen. Die Dokumentation der Tagung finden Interessierte auf [www.der-paritaetische.de](http://www.der-paritaetische.de) unter Veranstaltungen -> Dokumentationen.

## Für ein gutes Leben

Wer sich mit Werten und Wirkung sozialer Arbeit näher beschäftigt, könnte auch Gefallen finden an der Lektüre eines relativ kleinen Buches mit großen Ideen. Uwe Schneidewind und Angelika Zahrt stellen in „Damit gutes Leben einfacher wird“ Alternativen zur dominanten ökonomischen Wachstumspolitik vor. Weniger Kommerz, mehr Menschlichkeit heißt ihre Devise. Dafür braucht es aus Sicht des Autorenteam eine Suffizienzpolitik, die es den Menschen erleichtert, ihren Ressourcenverbrauch zu drosseln und einen beziehungsreicheren Lebensstil zu pflegen. Eine anregende Lektüre, die viele politische Ansatzpunkte miteinander verknüpft. Etwa die Idee einer ganzheitlichen Arbeitspolitik, die sich nicht alleine auf Erwerbsarbeit konzentriert, sondern auch auf bürgerschaftliches Engagement, Familien- und Pflegearbeit. Oder die Förderung sozialen Unternehmertums, das nicht markt-gängige Produkte produziert, sondern Ideen und Konzepte zur Lösung sozialer Probleme.

160 Seiten, oekom verlag  
ISBN-13: 978-3-86581-441-8  
12,95 Euro

UB

## Auf dem Weg in eine andere Republik?

Zum Jahresbeginn wurde das vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt – kurz Hartz IV genannt – zehn Jahre alt. Die direkten und auch die indirekten Auswirkungen dieser Reform sind gravierend. Während beispielsweise eine arbeitslose Alleinerziehende vor Hartz IV neben der Sozialhilfe noch bis zu 450 Euro Erziehungsgeld monatlich anrechnungsfrei bekommen konnte, während ihre gut verdienende Freundin kein zusätzliches Erziehungsgeld erhielt, hat sich der Schwerpunkt der staatlichen Unterstützung seitdem umgekehrt: Der Grundbetrag des Elterngeldes wird der einkommensarmen Alleinerziehenden voll auf das Arbeitslosengeld II angerechnet, während ihre Freundin sich unabhängig vom Bedarf über bis zu 1.800 Euro Elterngeld im Monat freuen kann. Schon dieses einzelne Beispiel zeigt: Hartz IV hat den Sozialstaat von den Füßen auf den Kopf gestellt. Christoph Butterwegge, Professor für Politikwissenschaft an der Uni Köln, hat pünktlich zum Geburtstag eine umfassende Darstellung zu „Hartz IV und den Folgen“ vorgelegt. In den acht Kapiteln des Buches zeichnet Butterwegge historische Hintergründe, poli-



tische Entwicklungen und Debatten sowie Auswirkungen der neuen Gesetzgebung nach. Der Band enthält eine faktenreiche Zusammenstellung der Entwicklungen und rückt damit manchen „Geburtsfehler“ des Gesetzes erneut ins Rampenlicht. Dass der Autor seine Ablehnung der Reformen an keiner Stelle verbirgt, ist dabei kein Schaden: eine lohnende Lektüre!

Joachim Rock

Christoph Butterwegge 2015: **Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik?** Beltz Juventa, 290 S., 16,95 Euro, ISBN: 978-3-7799-3234-5

## impresum

DER PARITÄTISCHE

Magazin des PARITÄTISCHEN  
ISSN-1866-1718  
Telefon: 030/24636-0 · Fax: -110  
Internet: www.der-paritaetische.de  
E-Mail: nachrichten@paritaet.org  
Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:  
Ulrike Bauer (UB), Tel.: 0172/6585424  
Martin Wißkirchen, Tel.: 030/24636-311

Verantwortlich für die Landesseiten:  
Brandenburg: Andreas Kaczynski,  
Tel.: 0331/28497-0

Bremen: Anke Teebken, Tel.: 0421/79199-0  
Hessen: Günter Woltering, Tel.: 069/95526220  
Mecklenburg-Vorpommern:  
Christina Hömke, Tel.: 0385/59221-0  
Sachsen: Thomas Neumann,  
Tel.: 0351/4916654  
Thüringen: Stefan Werner, Tel.: 036202/26-231

Titelbilder: Bernd Kleiner, Bernd Schüler,  
Ulrike Bauer

Für Berichte, die mit dem Namen des Verfassers/der Verfasserin gekennzeichnet sind, trägt diese/r die Verantwortung. Nachdruck nur mit Erlaubnis der Redaktion.  
Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.  
Erscheinungsweise: 6 x pro Jahr

Anschrift von Herausgeber, Redaktion,  
Anzeigenverwaltung und Vertrieb:  
Der Paritätische – Gesamtverband e. V.,  
Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH,  
Schwanheimer Straße 110,  
60528 Frankfurt am Main



## Fachtagung zum Thema Schulabsentismus

Eine bundesweite Fachtagung zum Thema Schulabsentismus richtet am Dienstag, 19., und Mittwoch, 20. Mai 2015, der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit in Berlin aus.

Im Fokus werden die Ganztagschule, und deren Möglichkeiten stehen, Schülerinnen und Schüler besser an sich zu binden, als dies Halbtagsschulen vermögen.

Die Veranstaltung wird unter der Federführung des Paritätischen durchgeführt. Nähere Informationen gibt es per E-Mail an [jsa-schule@paritaet.org](mailto:jsa-schule@paritaet.org).

### Kongress der Sozialwirtschaft:

## Tradition und Innovation

Am 16. und 17. April 2015 findet in Magdeburg der 9. Kongress der Sozialwirtschaft statt. Unter der Überschrift „Tradition und Innovation“ sollen Strategien für die Zukunft der Sozialwirtschaft diskutiert werden. Themen sind unter anderem: Sind die Finanzierungsstrukturen in der Sozialwirtschaft innovationsfeindlich? Ohne Sozialraumarbeit geht's nicht (mehr), Mitarbeitende als Innovationsmotoren und Soziales Unternehmertum: neue Geschäftsmodelle und soziale Innovationen.

Nähere Informationen zum Programm und den Anmeldemodalitäten finden Interessierte im Internet auf der Seite [www.sozkon.de](http://www.sozkon.de).

### Parität vor Ort:

## Gestaltung des Sozialen bei leeren Kassen

Leere öffentliche Kassen stellen soziale Einrichtungen und Dienste in der ganzen Republik seit Jahren vor immer neue Herausforderungen – und bringen sie immer stärker an die Grenzen ihrer Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit. Wie lässt sich vor Ort damit umgehen und was lässt sich trotz knapper Finanzen gestalten? Diesen Fragen geht der Paritätische regelmäßig in seiner Veranstaltungsreihe „Parität vor Ort“ nach. Der nächste Fachtag mit dem Titel

„Parität vor Ort: Gestaltung des Sozialen bei leeren Kassen“ wird am 23. Juni 2015 von 10 bis 17 Uhr in Berlin stattfinden. Der Veranstaltungsort liegt verkehrsgünstig in der Nähe des Hauptbahnhofs.

Detaillierte Informationen zum Programm gibt es auf der Homepage des Paritätischen Gesamtverbands [www.der-paritaetische.de](http://www.der-paritaetische.de) in der Rubrik Veranstaltungen. Zudem können sie angefordert werden per E-Mail an [kommunales@paritaet.org](mailto:kommunales@paritaet.org).

## Deutscher Fürsorgetag Mitte Juni in Leipzig

Unter dem Motto „Teilhabe und Teil sein“ stellt der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. beim 80. Deutschen Fürsorgetag ein diskussionswürdiges Spannungsfeld in der Sozialpolitik, dem Sozialrecht und der sozialen Arbeit in den Blickpunkt. Der Fürsorgetag findet vom 16. bis 18. Juni 2015 im Congress Center Leipzig statt. Diskutiert werden Fragen wie: Wo verlaufen die Grenzen zwischen öffentlicher und privater Verantwortung? Wo ist mehr staatliches Handeln erforderlich und wo weniger? Welchen Anteil haben die Gesellschaft und der Einzelne? Welche Strukturen und rechtliche Rahmenbedingungen sind förderlich, welche nicht? Wo müs-

sen wir nachsteuern? Und nicht zuletzt: Was bedeutet der Anspruch auf Teilhabe sozialpolitisch und gesellschaftlich konkret? Als Redner werden sowohl Bundespräsident Joachim Gauck als auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, erwartet.

Der Fürsorgetag gilt als größter deutschsprachiger Leitkongress des Sozialen in Europa. Drei Symposien und mehr als 40 Workshops sowie ein „Markt der Möglichkeiten“ bieten viele Gelegenheiten zu Austausch und Diskussion.

Das Programm finden Interessierte auf [www.deutscher-fuersorgetag.de](http://www.deutscher-fuersorgetag.de).

## Kurse für Beschäftigte in Pflege und Betreuung

Die Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin in Niedersachsen e.V. bietet folgende Fortbildungen für Führungskräfte und Beschäftigte in der Pflege, Betreuung und Koordination an:

Frauen führen anders?! – Ressourcen erkennen und Stärken nutzen (19. Mai 2015, Anmeldung bis 4. Mai 2015);  
Wenn es im Gebäck knirscht – Konflikte

in der Zusammenarbeit mit freiwillig Engagierten bewältigen (21. Mai 2015, Anmeldung bis 4. Mai 2015);

Aufbau Niedrigschwelliger Betreuungsangebote – eine Aufgabe für Profis (2. Juni 2015 – Anmeldung bis 27. Mai);  
Impulse zur Begegnung und Begleitung von Menschen mit schwerer Demenz (4. Juni 2015, Anmeldung bis 4. Mai 2015);

Männer in Beschäftigungsangeboten ansprechen (1. Juli 2015, Anmeldung bis 29. Mai 2015).

Nähere Informationen zu den Inhalten der Kurse gibt es bei Tanja Möller, Tel.: 0511/3881189-307, E-Mail: [tanja.moeller@gesundheit-nds.de](mailto:tanja.moeller@gesundheit-nds.de) und zur Organisation unter Tel.: 0511/3500052, E-Mail: [info@gesundheit-nds.de](mailto:info@gesundheit-nds.de).